Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 24.—29. Sept. 15 000 000 Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 2 500 000 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 000 000 Mark, auswärtige Grundpreis 150 Mk. mal Schlüsselzahl d. D.Z.V., Versamml.-, Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 3 500 000 Mk., Reklamen 16 000 000 Mk

Geschäftsstelle Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 225. Mittwoch, 26. September 1923. 30. Jahrgang.

Am Vorabend der Verhandlungen.

Nach den traurigen Erfahrungen der letzten neun Jahre ist der Wunsch nach erträglichen Verhältnissen, die vor allen Dingen die Möglichkeit zu einem geordneten wirtschaftlichen Leben geben, jetzt in unserem Volke allgemein. Viele, die noch vor Wochen der Erfüllungspolitik ablehnend gegenüberstanden, haben inzwischen einsehen gelernt, daß eine Besserung unserer Verhältnisse nur möglich ist, wenn wir den ernsthaften Versuch machen, durch weitestgehende Erfüllung der Reparationsverpflichtungen eine Aenderung in dem gegenwärtigen diplomatischen Mißverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zustande zu bringen. Heute erfüllt diese Einsicht nicht nur die Reichsregierung, sondern alle diejenigen, die der Politik des Kabinetts in diesen Tagen ihre Zustimmung gegeben haben. Das ist die übergroße Mehrheit des Volkes unter der Führung des Reichskabinetts und der Regierungen der Länder. Gewiß gibt es hier und da verschiedene Ansichten über die nach dem Abbau des passiven Widerstandes einzuschlagende Taktik. Aber einmütig waren vor allen Dingen auch die Ministerpräsidenten der Länder der Ueberzeugung, daß sich die Reichsregierung auf dem richtigen Wege befindet und die Pläne, die sie in diesen Tagen verwirklichen will, dem Volkswohl entsprechen. Selbst Herr von Knilling, der Freund der Deutschnationalen, hat am Dienstag im Verlauf der Konferenz der Ministerpräsidenten den Mut zur Ehrlichkeit bezeugt, der seinen Freunden bisher immer noch gefehlt hat, und die Tatsache anerkannt, daß es politisch unzweckmäßig ist, einen Kampf fortzuführen, ohne vor allem dazu die notwendigen Mittel zu besitzen.

Gestützt von der Volksmehrheit kann die Reichsregierung beruhigt die Verordnungen der Regierung Cuno, deren Pflichtvergessenheit war, ihrer eigenen Politik durch finanzielle Maßnahmen nicht die notwendige Unterstützung angedeihen zu lassen, zurückziehen. **Das dürfte durch einen Aufruf des Gesamtkabinetts an die Ruhrbevölkerung im Verlauf von 24 Stunden geschehen.** Gleichzeitig werden die Parteiführer aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet einen Appell an die Bevölkerung der besetzten Gebiete richten, der in einer Aufforderung zur einmütigen Durchführung der Anordnungen der Reichsregierung gipfeln dürfte. Damit ist der

Weg zu Verhandlungen geebnet

und der französischen Regierung das Wort gegeben. Diese Besprechungen müssen selbstverständlich mit der Gesamtentente als Gläubiger Deutschlands geführt werden, obwohl wir nicht verkennen, daß vorerst auch Einzelbesprechungen mit der französischen Regierung, insbesondere über die Auswirkungen des Verzichts auf den passiven Widerstand notwendig sind. Zur sachgemäßen Führung der Verhandlung aber halten wir vor allem die Besetzung der verwaisten Botschaften in Paris und Brüssel für notwendig. Mit diesen Aemtern muß die Regierung jetzt schnellstens Männer betrauen, die auf dem Gebiete der Reparationsfrage sachverständig sind oder den Botschaftern müssen Personen beigegeben werden, die sich über das Reparationsproblem auskennen. Es ist nicht abzustreiten, daß wir in Deutschland arm an Persönlichkeiten sind, arm insbesondere an Männern, denen die französische Regierung nicht von vornherein ablehnend gegenübersteht. Immerhin dürfte es dennoch Männer geben, die bereit sind, sich der schwierigen Aufgabe der Verhandlungen mit der Entente zu widmen und die jene hierzu notwendigen Voraussetzungen im allgemeinen erfüllen.

Wir sind überzeugt, daß die Regierung Stresemann mit dem Willen, auf schnellstem Wege durch große Opfer eine Verständigung zu ermöglichen, an die nunmehr bevorstehenden Verhandlungen herangeht. Zur Durchführung dieses Willens gehören unseres Erachtens auch gewisse innerpolitische Voraussetzungen, gehört vor allen Dingen die **Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern.** Solange aber die Reichsregierung den Deutschnationalen nicht den entschiedenen Kampf ansagt, glauben wir innere Unruhen befürchten zu müssen. Die deutschnationale Hetze wird von Tag zu Tag maßloser, obwohl die Regierung nur dem Willen der Volksmehrheit entspricht, und ohne daß diese vaterlandslose Gesellschaft bisher einen positiven Weg zur Fortführung des passiven Widerstandes gezeigt hätte. **Wie lange will die Regierung diesen Zustand noch dulden?** Sie muß sich dessen bewußt sein, daß bereits heute selbst von maßgebenden Leuten der Rheinprovinz dunkle Machenschaften geplant werden, deren Vereitelung eine freie Hand der Regierung benötigt, und sie sollte nicht vergessen, daß es auch gegen geistige Verhetzung schließlich eine Selbsthilfe gibt. Allerdings bedarf die Zügelung der deutschnationalen Demagogie **eine radikale Aenderung der bisherigen Haltung der Regierung gegenüber den Volksverhetzern.** Bisher noch hat Herr Stresemann es für notwendig erachtet, mit den Deutschnationalen sich an den Verhandlungstisch zu setzen und sie wie die übrigen Parteiführer von seinen politischen Plänen zu unterrichten. Sicherlich war das auch bei früheren Regierungen gegenüber den Oppositionsparteien der Fall, aber noch nie hat sich die Opposition derart schamlos verhalten, wie es die Deutschnationalen in diesen Tagen tun. Sie haben jedes Recht verwirkt, noch als „deutsche" Partei zu gelten, die es mit dem Volke ernst meint. Sie sind nur in Schach zu halten durch scharfe Maßnahmen der Regierung gegen sie. Der schmählich hingeworfene Fehdehandschuh muß durch die Regierung aufgenommen werden, bevor die deutschnationale Demagogie ihre Opfer gefordert hat.

*

Die Reichsregierung trat am Dienstag abend zu einer Kabinettssitzung zusammen, um aus den Beratungen mit den Vertretern der Bevölkerung der besetzten Gebiete endgültige Schlußfolgerungen zu ziehen. Im Verlauf des Vormittags führte sie Besprechungen mit

den Ministerpräsidenten der Länder,

die ebenfalls einmütig die Notwendigkeit des Abbaues der Ruhrfront anerkannten.

Die Regierung wird nunmehr die Bevölkerung der besetzten Gebiete in einem Aufruf zur

Wiederaufnahme der Arbeit

auffordern. Der Aufruf dürfte nochmals in Kürze die einzelnen Etappen der Ruhrbesetzung behandeln und der Bevölkerung den Dank der Regierung für die in den letzten neun Monaten gebrachten Opfer zum Ausdruck bringen. Es ist geplant, die Kundgebung des Kabinetts mit einem Aufruf der rheinischen Parteiführer zu verbinden.

Auch die Parteiführer mit Ausnahme der Deutschnationalen stimmten am Dienstag abend den Absichten der Regierung zu. Die äußerste Rechte wußte auch hier aus den gegenwärtigen Verhältnissen keinen anderen Ausweg, als die Proklamation eines aktiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Bezeichnend ist übrigens, daß in der am Montag abgehaltenen Besprechung der Regierung mit den Abwehrausschüssen Herr van Kerkhoff als Vertreter der Deutschnationalen auftrat und den passiven Widerstand im Ruhrgebiet forderte. Es handelt sich um den gleichen Herrn van Kerkhoff, gegen den heute noch ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung schwebt und der mit eigenen Augen das Ruhrgebiet im Verlauf der letzten neun Monate nie gesehen haben dürfte. Als Steuerhinterzieher ist er selbstverständlich glänzend geeignet, für die Fortsetzung des Widerstandes im Ruhrgebiet Propaganda zu machen, nachdem dank der Steuersabotage der Deutschnationalen und ihres Einflusses auf die Politik der Regierung Cuno der Abwehrkampf an der Ruhr ohne positives Ergebnis zugunsten Deutschlands zu Ende geführt werden mußte.

Richtlinien für Goldrechnung.

Die rasche Umstellung der Produktion und des Handels auf die Goldrechnung haben das Chaos im Zahlungsverkehr weiter vergrößert. Auch der Begriff Goldmark wurde z. B. sehr verschieden aufgefaßt. Man richtete sich nach allen möglichen ausländischen Zahlungsmitteln. Nahm man den Dollar, so wurde er hier mit 4 Goldmark und dort mit 4,2 Goldmark berechnet. Außerdem herrschte völlige Willkür darüber, welchen Kurs man der Umrechnung zugrunde legte. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat nun, um eine einheitliche Durchführung der Goldmark zu ermöglichen, Richtlinien aufgestellt. Wenn sie auch manche Unklarheit enthalten und zu manchen Bedenken, z. B. durch die Regelung der Frage der Repartierungsklausel, Anlaß geben, sind sie doch als Versuch zu begrüßen, das gegenwärtige Chaos in der Preisbildung und im Zahlungsverkehr, soweit das überhaupt möglich ist, zu ordnen. Nach den Richtlinien ist eine Goldmark gleich einem Dollar, geteilt durch 4,2. Die Zahlung kann erfolgen durch Goldgiroüberweisung, Goldscheck, Goldwechsel. Devisen können benutzt werden, soweit das gesetzlich zulässig ist, Dollarschatzanweisungen, Goldanleihescheine und ähnliche Anleihescheine nach freier Vereinbarung. Wird in Devisen und in Anleihescheinen gezahlt, so erfolgt die Gutschrift zum Briefkurs der nächsten Berliner Börsennotierung nach dem Tage des Eingangs. Erfolgt Zahlung in Papiermark, so wird der Papiermarkbetrag zum Dollarbriefkurs (für telegraphische Auszahlung Neuyork) des dem Zahlungseingang nachfolgenden Berliner Börsentages in Goldmark umgerechnet. Restbeträge werden in Goldmark weitergeführt und in Papiermark umgerechnet. Für die Abdeckung der Restbeträge ist eine andere Vereinbarung möglich. Solange die Berliner Dollarnotierung nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, soll eine Repartierungsklausel zugelassen werden. Bei Zahlung nach Fälligkeit werden Bankzinsen und Bankkosten berechnet. Die Richtlinien haben keine rückwirkende Kraft.

Die Richtlinien des Reichsverbandes stellen eine volle Durchführung der Goldrechnung dar. Die Preise werden sich durchweg dem Dollar anpassen. Folgerungen für die Lohnpolitik sind dadurch unausbleiblich.

Dollar 125 000 000

Ausrufung der rheinischen Republik?

TU. Berlin, 26. September.

Die Kölner Presse veröffentlicht übereinstimmende Mitteilungen, nach denen die rheinischen Sonderbündler für den 30. September, also für den nächsten Sonntag, in Düsseldorf im Anschluß an eine für Sonntag einberufene Sonderbündler-Versammlung die rheinische Republik ausrufen wollen. — Einer der Führer der Sonderbündlerbewegung soll renommiert haben, daß zu der Düsseldorfer Versammlung am 30. September mehr als 70 Regiezüge von den Franzosen gestellt werden, und daß bereits 100 000 Anmeldungen vorliegen. Unmittelbar im Anschluß an die Versammlung soll zur Tat geschritten werden. Etwa 5 Uhr nachmittags will man dem General Degoutte eine vom Generaldirektorium des Unabhängigkeitsbundes aufgesetzte Protestnote überreichen und nach einer zusagenden Antwort des Generals soll dann die rheinische Republik ausgerufen werden. Sie hätten schon den Befehl, mit aller Schärfe gegen Gegendemonstrationen vorzugehen, und wenn der Gummiknüppel nicht ausreicht, soll von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. — In der erwähnten internen Vertrauensmännerversammlung in Düsseldorf, die von Matthes geleitet wurde, wurde bemerkt, daß demnächst die grüne Polizei, soweit sie im besetzten Gebiet noch vorhanden ist, beseitigt werden soll. Gleichzeitig will man die der deutschen Polizei abgenommenen Waffen dem Kampftrupp der Sonderbündler zuführen, der den Namen Rheinwehr führen wird. Für diese rheinische Wehr sind, wie von Matthes weiter ausgeführt wurde, bereits dunkelgrüne Uniformen angefertigt worden. Aus den Ausführungen des Matthes geht weiter hervor, daß man gerade den Zeitpunkt der Preisgabe des passiven Widerstandes als Gelegenheit zur Errichtung der rheinischen Republik ansieht. — Die Kölner Blätter sind einig in der Auffassung, daß die rheinischen Sonderbündler ihre Stunde für gekommen halten. Uebereinstimmend fordern sie daher, daß alles geschieht, um den Führern der Separatisten, die in den letzten Wochen unleugbar starken Zulauf erhalten haben, das Handwerk zu legen. Man dürfe keineswegs dulden, daß die rheinischen Hochverräter mit Gewalt den Versuch machen, am Rhein einen reichsfeindlichen, in Frankreichs Diensten stehenden Staat zu errichten.

Das Spiel mit dem Maschinengewehr.

SPD. Die Aushebung zweier Waffenlager in Berlin liefert den besten Beweis dafür, daß auch die Kommunisten zum Bürgerkrieg rüsten. Jedes Bündnis, das ihnen zur Verwirklichung dieser Absicht helfen könnte, ist ihnen recht. Seit vielen Wochen haben sie eine **freundschaftliche Auseinandersetzung mit den Deutschvölkischen** geführt, die ihnen nach Behauptungen kommunistischer Führer gute Kampfgenossen sein sollen. Plötzlich streben sie wieder nach der entgegengesetzten Richtung, um hier ihr Heil zu versuchen. Sie haben inzwischen einen Brief, der gleichzeitig in der „Roten Fahne" veröffentlicht wurde, an die Zentralvorstände der Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteivorstand gerichtet. In diesem Schreiben wird zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Kampfgenossen von gestern aufgefordert und als Kampfmittel der politische Generalstreik vorgeschlagen.

Es ist ganz selbverständlich, daß der sozialdemokratische Parteivorstand auf den Brief der Kommunisten keine Antwort gibt. Die kommunistische Partei mag beruhigt weiterhin um die Freundschaft der Deutschvölkischen nachsuchen, mit denen sie in geistiger Hinsicht manches gemein hat. Die sozialdemokratische Partei hat wirklich andere Sorgen, als den Bock zum Gärtner zu machen; denn der Vorschlag, einen politischen Generalstreik über ganz Deutschland durchzuführen, läuft auf nichts anderes hinaus, als die Arbeitermassen in die Maschinengewehre der Kreise zu treiben, mit denen Radek gestern noch Arm in Arm lag.

Standrecht in Bulgarien.

TU. London, 26. September.

Nach amtlichen Nachrichten, die gestern in London eintrafen, ist jetzt in ganz Bulgarien das Standrecht erklärt worden, doch soll die Regierung die Lage beherrschen und man erwartet, daß es ihr möglich sein werde, wieder Ordnung zu schaffen. — Die Morningpost veröffentlicht einen unbestätigten sensationellen Bericht, daß Bulgarien sich in den Händen der Kommunisten befindet. Aehnliche Berichte kommen aus Belgrad. Doch wird darauf hingewiesen, daß Serbien den Bulgaren nicht wohl gesinnt ist, und man hat den Verdacht, daß serbische Agenten in dem bulgarischen Aufstand eine große Rolle spielen. — Die Londoner Morningpost gilt jedoch in allen Angelegenheiten, die mit Kommentaren zu tun haben, als außerordentlich unzuverlässig.

Mehrarbeit?

SPD. Ein Vertreter des „Soz. Parlamentsdienstes" hatte Gelegenheit, den Bundesvorsitzenden des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", Genossen Leipart, über seine Ansicht zu dem Problem „Steigerung der Produktion durch Mehrarbeit" zu befragen. Genosse Leipart äußerte u. a. folgendes: „Seit Jahr und Tag schallt der Ruf nach Mehrarbeit aus den Reihen der Unternehmer und der von ihnen beeinflußten Politiker. Dieser Ruf gilt nicht, wie es richtig wäre, den Nichtstuern und Drohnen, sondern den Arbeitsbienen, denen man zumutet, statt acht Stunden täglich zehn Stunden zu arbeiten. Hierauf haben die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter folgendes zu antworten:

1. Es ist eine grobe und bewußte Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß vor der Einführung des Achtstundentages die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland noch zehn Stunden im Tag betragen hätte.

2. Im Notfall sind die Arbeiter noch stets zur Leistung von Ueberstunden bereit gewesen, sobald entsprechende Vereinbarungen, die die Interessen der Arbeiter berücksichtigen, getroffen werden. Fast alle Tarifverträge enthalten seither schon eine Regelung der Ueberstundenfrage, mit der auch die Arbeitgeber der betreffenden Industrien zufrieden sind.

3. Es ist lächerlich, wenn behauptet wird, die bösen Gewerkschaften hätten für die Notwendigkeiten des praktischen Wirtschaftslebens kein Verständnis, oder nicht den Mut, ihnen Rechnung zu tragen. Die Gewerkschaftsführer vertreten viel mehr das Interesse der gesamten Wirtschaft als die Unternehmer, von denen jeder gewöhnlich nur seinen eigenen Betrieb vor Augen hat. Die Arbeitszeit und etwaige Ueberstunden können nicht nach den von dem einzelnen Unternehmer behaupteten Bedürfnissen seines Betriebes, sondern nur unter Berücksichtigung des Interesses des gesamten Gewerbes geregelt werden.

4. Noch lächerlicher ist, eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung zu fordern und den Gewerkschaften Vorwürfe wegen ihrer Ablehnung dieser Verlängerung zu machen, während Hunderttausende von Arbeitern ohnedies schon arbeitslos auf der Straße liegen oder nur noch bei stark reduzierter Arbeitszeit beschäftigt werden können.

5. Auch bei normalem Beschäftigungsgrad ist eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung unnötig. Die Meinung, daß lange Arbeitszeit einen Gewinn für die Produktion bedeutet, ist so veraltet, daß jeder praktische Wirtschafter sie längst über Bord geworfen hat.

6. Die Gewerkschaften oder ihre Mitglieder könnten, wenn die Zeiten nicht so ernst wären, sich den Spaß erlauben und allen Arbeitgebern heute oder morgen anbieten, täglich eine oder zwei Stunden länger zu arbeiten. Sie würden die Arbeitgeber damit in die größte Verlegenheit bringen. Denn eine solche allgemeine Arbeitszeitverlängerung ist nicht nur unnötig, sie wäre sogar praktisch unmöglich. Wer anderes behaupten will, möge es beweisen. Vielleicht erfahren dann unsere Arbeitslosen, oder verkürzt arbeitenden Bauarbeiter, Textilarbeiter, Tabakarbeiter, Schuhmacher usw. usw., warum sie jetzt und teilweise schon seit Jahren nicht wenigstens acht Stunden volle Beschäftigung haben können.

7. Auch die Exportfähigkeit der deutschen Industrie ist durchaus nicht von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig. Selbst wenn in den anderen Ländern der Achtstundentag nicht so streng eingehalten wird, wie bei uns, so besteht eben nur das gleiche Verhältnis wie vor dem Krieg, wo auch in fast allen Ländern die Arbeitszeit durchschnittlich länger war als in Deutschland. Jetzt aber kommt als wichtiges Moment für die Exportmöglichkeit hinzu, daß die Löhne in Deutschland gegenüber denen im Ausland so niedrig sind, daß ein noch größeres Opfer für die Steigerung des Exports, so notwendig diese auch ist, von den deutschen Arbeitern wirklich nicht gefordert werden braucht.

8. Diejenigen, welche nach Mehrarbeit der „Arbeitsbienen" schreien und die Vorwürfe gegen die Gewerkschaften erheben, sind zumeist dieselben, die jetzt die Betriebe stillegen oder einschränken, und willkürlich die Arbeitslosigkeit vermehren, nur weil das verarmte Reich nunmehr auch von ihnen angemessene Steuern verlangt. Was sagt die öffentliche Meinung zu dieser Art von Steigerung der Produktion? Die verlästerten Gewerkschaften waren die ersten, die nicht nur ihrer Mitglieder wegen, sondern im allgemeinen Interesse unserer Wirtschaft dagegen aufgetreten sind. Wer nicht schon vorher klar gesehen hat, dem muß mindestens dieses Beispiel von Steuersabotage auf Kosten der Produktion die Augen darüber geöffnet haben, daß das ganze Gerede von der angeblich einzigen Rettung durch Verlängerung der Arbeitszeit eine öde und langweilige Heuchelei ist.

9. Aus diesen Gründen beharren die Gewerkschaften in voller Uebereinstimmung mit der Gesamtheit ihrer Mitglieder auf dem einmütigen Standpunkt: Hände weg vom Achtstundentag!

Agrarische Unverschämtheiten.

Die Ritter von Ar und Halm ziehen nun offen gegen das Währungsprojekt der Regierung zu Felde. Der Reichslandbund läßt in der deutschnationalen Presse erklären, daß der Reichsfinanzminister mit seinem Projekt nichts anderes als eine gigantische Steuereinzugsmaschine schaffen will. Deshalb sei die Zustimmung der Landwirtschaft ausgeschlossen. Wenn man sich schon eine Neubelastung von Grund und Boden gefallen lasse, dann nur unter der Bedingung, daß mit der Einführung des neuen Geldes auch bestimmte Reformen in unserem Staats- und Wirtschaftsleben durchgeführt werden. Die gefarnischte Erklärung schließt mit dem Satz: „Ehrliches Geld nicht ohne ehrliche Arbeit."

Die Landwirtschaft meldet damit ihre Forderungen an. Sie ist keineswegs bescheiden. Schon die Vertreter der Agrarier, die an den Beratungen, die jetzt infolge der außenpolitischen Entscheidungen naturgemäß in den Hintergrund treten müssen, teilnahmen, haben mehrfach durchblicken lassen, daß die Zustimmung der Landwirtschaft zu dem Währungsprojekt des Kabinetts **nur gegen Streichung der Betriebssteuer und der Landabgabe zu haben ist.** Nun geht man ganz aus der Reserve heraus und verlangt Reformen des Staates und der Wirtschaft. Darunter versteht man „ehrliche Arbeit". Niemand wird darüber im Zweifel sein, wohin diese Forderung zielt. Ehrliche Arbeit heißt **Durchbrechung des Achtstundentages, völlige Willkür in der Ausbeutung des Arbeiters und Verzicht auf die Revolutionserrungenschaften.**

Diese Forderungen des Reichslandbundes sind brutal, aber offen. Man kann wohl sagen, daß die Notlage des Staates und der breiten Massen noch nie schamloser von einem Teil der Bevölkerung, der eben aus der Not des Vaterlandes seine gegenwärtige ökonomische Stärke gezogen hat, ausgenutzt wurde, um lebendige Interessen durchzusetzen. Wie sieht in Wirklichkeit das Opfer aus, das die Landwirtschaft nach dem Regierungsentwurf bringen soll, und welcher Art sind die Vorteile, die der Regierungsentwurf gerade der Landwirtschaft zuschanzt? Ohne Zweifel werden gerade die Landwirte an dem wertbeständigen Geld profitieren. Der Regierungsentwurf gibt ihnen die Hälfte des Notenprivilegium. **Was gibt die Landwirtschaft dafür?** Nach dem Regierungsentwurf soll nicht eine fünfprozentige Belastung nach dem Wehrbeitrag, wie ursprünglich geplant, erfolgen, sondern nur eine dreiprozentige. Dabei ist diese Belastung nur eine Garantieleistung, denn der Landwirt hat für die ihm auferlegte Hypothek Zinsen abzuführen, die wahrscheinlich nicht einmal 6 Prozent betragen werden. Er zinst aber nicht umsonst ab. Aus dem bilanzmäßigen Reingewinn bekommt er nämlich 3 Prozent auf seine Anlagen zurückvergütet und der Rest des Reingewinnes bietet den Anteileignern, unter denen die Hälfte die Landwirte vertreten, immer noch die Möglichkeit, den Einlegern weitere Vergütungen zukommen zu lassen. In Wirklichkeit wird also der landwirtschaftliche Besitz nur mit einem Zinssatz belastet, der weit unter 3 Prozent des Wehrbeitrages liegt. Während die breiten Massen der Bevölkerung bis weit in die Händlerkreise hinein die Inflationssteuer bezahlen und beträchtliche Teile ihrer Substanzen eingebüßt haben, hat die Landwirtschaft aus der Not des Volkes Nutzen gezogen und ihren Besitz schuldenfrei gemacht. Es steht fest, daß gerade sie aus den vorhandenen Barmitteln die Belastung in kürzester Zeit abtragen kann. So sieht in Wirklichkeit die „Neubelastung von Grund und Boden" aus. — Man fragt sich allentalben und mit allem Recht: Ist das überhaupt ein Opfer, das der Landwirtschaft zugemutet wird? Nein, es ist kein Opfer. Es ist aber eine Frechheit, Forderungen aufzustellen, wie es sich der Landbund in der größten Not des Volkes erdreistete.

* * *

Der bekannt gewordene Währungsentwurf ist lediglich als Referentenentwurf aufzufassen. Er hat die Zustimmung weder des Reichsfinanzministeriums noch des Kabinetts gefunden. Unerträglich ist an ihm vor allen Dingen die starke Anlehnung an den Helfferichschen Plan. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, wird der Reichsfinanzminister in Kürze die Gewerkschaftsvertreter empfangen, die über ihre Meinung bis jetzt noch nicht gefragt worden sind. Sie werden den nötigen Kommentar zu den Forderungen des Reichslandsbundes geben.

Die bekannten „Gerüchte".

SPD. Breslau, 25. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Gegen den linksdemokratischen früheren Landrat von Trebnitz, Regierungsrat Dr. Menzel, war von rechtsstehender Seite eine Anzahl von Beschuldigungen erhoben worden, die zum größten Teil im Disziplinarverfahren geklärt worden sind und sich als völlig haltlos erwiesen hatten. Als letzte Beschuldigung war die Mitbeteiligung an einer Waffenschiebung übrig geblieben, die während seiner Amtszeit in seinem Kreise vorgekommen war. Auch diese letzte Anklage ist in der heutigen Prozeßverhandlung gegen den damaligen Waffenschieber, einen gewissen Baals, vor der Strafkammer des Landgerichts II zusammengebrochen. Die Prozeßverhandlung ergab interessante Einblicke in die Organisation des Denunziantenwesens der Deutschnationalen und Landbundkreise gegen republikanische Beamte, an deren Spitze im Kreise Trebnitz ein deutschnationaler Graf Rödern steht, der als Unterlage seiner verschiedenen Denunziationen selbst unter Eid nur Gerüchte angeben konnte. Die Strafkammer, die Dr. Menzel und den sozialdemokratischen Parteifunktionär Dr. Köbisch zunächst wegen Verdacht der Mitschuld an der Waffenschiebung nicht vereidigte, kam auf Grund des Verhandlungsergebnisses zu einer nachträglichen Vereidigung der beiden Zeugen, da eine Mitschuld nicht in Frage kommt. Die völlige Rehabilitierung des denunzierten republikanischen Beamten dürfte nun zu erwarten sein, zumal das preußische Innenministerium durch seinen Personalreferenten bei den Aufsehen erregenden Prozessen vertreten war.

Das Begräbnis der thüringischen Arbeiterregierung.

SPD. Weimar, 25. September.

Die Kommunisten haben auf das Schreiben der sozialdemokratischen Landtagsfraktion inzwischen in einer öffentlichen Erklärung geantwortet. Sie sind bereit, über Einzelheiten des sozialdemokratischen Programms zu verhandeln und glauben, daß eine Einigung möglich ist, wenn die sozialdemokratische Fraktion ihnen in der Schaffung außerparlamentarischer Machtpositionen entgegenkommt. Das heißt nichts anderes, als daß die thüringische Partei den Betriebsrätekongreß als entscheidende Instanz für die gesetzlichen Bestimmungen und dergleichen anerkennen soll. Es ist nicht anzunehmen, daß sich unsere Landtagsfraktion zu diesem kommunistischen Agitationsbedürfnis hergibt. Am Mittwoch mittag um 1 Uhr treten die Unterhändler der kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie erneut in Verhandlungen ein. Sollten diese Verhandlungen scheitern, dann dürfte der für Donnerstag einberufene Landtag voraussichtlich mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Unterstützung der Kommunisten seine Auflösung beschließen.

Kommunisten und Bauern.

Die neue Verbrüderung.

SPD. Aus Baden wird uns geschrieben:

Die Vorgänge im badischen Oberlande lassen nun, nachdem es der Tatkraft des Innenministers Gen. Remmele gelungen ist, die Ruhe wieder herzustellen, erkennen, daß es sich um nichts anders gehandelt hat, als um eine **allgemeine Insurrektion der Bauernschaft gegen die neuen Steuern.** Der Mittelpunkt der Bewegung was das wohlhabende Großbauerndorf Rust, das im Amt Ettenheim zwischen der Eisenbahnlinie Offenburg—Freiburg und dem Rhein am Elzfluß gelegen ist. Das Dorf zählt ungefähr 2000 Einwohner. Seit langem machte sich hier schon die Agitation des deutschnational gerichteten Landbundes bemerkbar, der die Bauern mit allen Mitteln deutschnationaler Demagogie gegen die Landsteuer aufhetzte. **Unterstützt wurde diese Hetze durch die Kommunisten.** Diese gaben vor, daß sie sich nur an die Kleinbauern und an die Pächter wenden wollen. In Wirklichkeit waren aber die wohlhabenden Bauern die gelehrigsten Schüler der kommunistischen Hetzapostel. Die Saat ging auf, als die Rustner Bauernschaft in Ettenheim vor dem Bezirksamt wegen Regelung der Pachtverhältnisse demonstrierte. Ein Gendarm wurde niedergeschlagen. Als dann nach dem Dorf Rust Gendarmerie entsandt wurde, um die Täter zu verhaften, wurde sie von den Bauern überwältigt und entwaffnet. Erst der Bereitschaftspolizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. 25 Schuldige wurden in Haft genommen und die Ablieferung einer großen Anzahl von Waffen durchgesetzt.

Die ganze Bewegung zeigt, daß Rechts- und Linksbolschewisten Hand in Hand arbeiten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zur Erreichung des Sturzes der gegenwärtigen Staatsordnung zwischen den Kommunisten und den deutschvölkischen Nationalisten ein stillschweigendes Abkommen bestanden hat, sich gegenseitig zu helfen. Das Wiesental hat sich z. B. in den letzten Wochen als schlimmer linksbolschewistischer Gefahrenherd entpuppt. Aber gerade dieses Tal wählten die Nationalisten, um große Waffenlager anzulegen. In Steinen, Zell und Todtnau hat man große Mengen von Schußwaffen mit der dazu gehörigen Munition entdeckt und beschlagnahmt. Die Waffen waren erst vor kurzem durch bekannte Nationalisten dort versteckt worden. Ein Fabrikant, in dessen Besitz sich große Waffenmengen befanden, wurde verhaftet. Die Polizei forscht augenblicklich eifrig nach der Herkunft der Waffen. Sie hat bereits eine Spur, die sehr wahrscheinlich zur Entdeckung der Waffenlieferanten führen wird.

Gerade die Vorgänge im Badischen sollten der deutschen Arbeiterschaft eine lebhafte Warnung sein, den neuen Parolen der Kommunisten nur skeptisch gegenüberzustehen.

„Der große Kriegsverlängerer".

SPD. München, 24. Sept. (Eig. Draht.)

Im Zusammenhang mit den politischen Umtrieben Ludendorffs in Oesterreich schrieb die „Münchener Post" im Mai ds. Js. von dem General als „dem großen Kriegsverlängerer". Trotzdem andere Stellen des betreffenden Artikels eine viel schärfere Kritik und ein härteres Urteil über Ludendorff enthielten, fühlte sich der neue Hakenkreuzlerhäuptling gerade durch den Ausdruck „der große Kriegsverlängerer" derart gekränkt, daß er zum Kadi lief und die Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs unseres Parteiblattes auf Grund des § 185 des Reichsstrafgesetzbuches (wegen Beleidigung) verlangte. In der am Montag vor dem Schöffengericht durchgeführten Verhandlung wollte der Rechtsanwalt Ludendorffs, der nur in völkischen Kreisen bekannte Justizrat von Zezschwitz den Nachweis führen, daß das Wort Kriegsverlängerer ein beschimpfendes Schlagwort aus dem Jahre 1918 darstellte. Er bot dafür zwei Zeugen an. Das Gericht lehnte aber diesen Beweisantrag ab. Der Verteidiger des beklagten Redakteurs, Genosse Saenger, bestritt, daß das Wort Kriegsverlängerer überhaupt eine Beleidigung sei, die geeignet wäre, die Persönlichkeit Ludendorffs verächtlich zu machen, vor allem aber bestritt er jede Absicht der Beleidigung. Für den Fall, daß die „Münch. Post" aber verurteilt würde, bot Gen. Saenger Beweis dafür an, daß die mit dem Wort Kriegsverlängerer geübte Kritik den Tatsachen entspreche und verlangte hierzu die Ladung einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten als Zeugen und Sachverständige, darunter die Genossen Scheidemann, Möller, Wels, den Sohn des ehemaligen Reichskanzlers Graf Hertling, verschiedene bayrische Generäle, den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht, den ehemaligen Reichskanzler Prinz Max von Baden, die Generäle Hoffmann und Gröner, Admiral Scheer, den Grafen Czernin, die Herren Delbrück und Thimme u. a. Nach kurzer Beratung sprach das Gericht den Beklagten Redakteur von der Anklage wegen Beleidigung frei und bürdete Ludendorff die Kosten des Verfahrens auf. In der Begründung des Urteils heißt es, daß das Wort Kriegverlängerer wohl geeignet sei, Seine Exzellenz zu verletzen und herabzusetzen, daß aber nach Form und Umständen, unter denen das Wort gebraucht wurde, die Absicht einer Beleidigung durchaus fehle.

Warschauer Brief.

Der Präsident der österreichischen Republik, Seipel, hat in der vorigen Woche in Begleitung mehrerer hoher Ressortvertreter seinen schon länger geplanten Besuch in Warschau ausgeführt. Von polnischer Seite hat man ihn mit einem besonderen Aufwand an Repräsentation, wofür die Polen bekanntlich sehr viel Sinn und auch Geschick haben, empfangen und damit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß man auf polnischer Seite auf gute Beziehungen zu Oesterreich großen Wert legt. Ueber die Ergebnisse der bei dieser Gelegenheit gepflogenen sachlichen Verhandlungen ist bisher bekannt geworden, daß es sich hauptsächlich um wirtschaftliche und Verkehrsfragen gehandelt hat. Auch von Vorbereitungen zu einem Schiedsgerichtsvertrag soll die Rede gewesen sein.

Daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Oesterreich sich gut entwickelt haben, ist verständlich. Oesterreich braucht aus Polen vor allen Dingen Kohle und Erdöle und sucht andererseits dort Absatz für Industrieerzeugnisse. Die früheren Verbindungen zwischen Wien, Galizien und Oesterreich-Schlesien tragen natürlich zur Entwicklung dieser Wirtschaftsbeziehungen viel bei. Polen hat aber auch politische Gründe für die demonstrative Betonung seiner guten Beziehungen zu Oesterreich. Abgesehen davon, daß es gerade in der letzten Zeit sich selbst politisch in zunehmendem Maße isoliert hat, liegt Polen daran, auf französischen Wunsch dem Anschlußgedanken entgegenzuarbeiten. Eine auffallende Betonung des guten Einvernehmens zwischen Polen und Oesterreich in einem Zeitpunkt, wo die deutsch-polnischen Beziehungen ziemlich gespannt sind, soll natürlich in Deutschland wie in Oesterreich den Eindruck erwecken, daß die deutschen und die österreichischen außenpolitischen Interessen auseinandergehen.

Ueber den Anschlußgedanken zu reden, solange weder Deutschland noch Oesterreich das durch den Versailler Vertrag angeblich zur Geltung gebrachte Selbstbestimmungsrecht besitzen, hat keinen Zweck. Aber man kann wohl mit Sicherheit behaupten, daß die polnischen Bemühungen, zwischen Deutschland und Oesterreich Mißtrauen zu säen, ohne wirkliche Bedeutung sind.

Nachdem der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag vor zwei Wochen auf Ersuchen des Völkerbundes ein Gutachten in Fragen der deutschen Ansiedler in Polen abgegeben hat, das die Widerrechtlichkeit bestimmter polnischer Maßnahmen scharf kennzeichnete, hat derselbe oberste Gerichtshof der Welt vor wenig Tagen über die Auslegung des Artikels 4 des sogenannten Minderheitenschutzvertrages eine für Polen ebenfalls nicht sehr angenehme Entscheidung gefällt. Nach diesem Artikel hat jeder frühere deutsche, österreichische oder russische Staatsangehörige auf die polnische Staatsangehörigkeit Anspruch, wenn er auf jetzt polnischem Gebiet von Eltern geboren ist, die zur Zeit seiner Geburt dort ihren ständigen Wohnsitz hatten. Die polnischen Behörden haben dem die Bedingung zugefügt, daß die Eltern ihren Wohnsitz in Polen bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages beibehalten haben müssen und auf Grund dieser Bedingung nicht nur vielen Deutschen in Polen die polnische Staatsangehörigkeit verweigert, sondern auch widerrechtlich ihr Eigentum liquidiert. Das Gutachten des Haager Gerichtshofs stellt nun mit klaren Worten fest, daß diese polnische Bedingung in dem Minderheitenschutzvertrag keine Stütze findet. Damit sind viele der polnischen Entdeutschungsmaßnahmen als widerrechtlich gekennzeichnet.

Formell muß nun der Völkerbundsrat auf Grund des Haager Gutachtens die eigentliche Entscheidung in dieser Frage fällen. Nach Lage der Dinge dürfte diese Entscheidung der gutachtlichen Aeußerung des Haags vollkommen entsprechen. Hätte Polen die von Deutschland mehr als einmal gesuchte und angebotene Verständigung in dieser Frage nicht vereitelt, so hätte es sich diese moralische Niederlage ersparen können. Für einen Rechtsstaat wäre es selbstverständlich, daß er einer zuständigen internationalen Entscheidung nachkommt. Für Polen ist dies leider nicht selbstverständlich. Was bisher an polnischen Pressestimmen über das jüngste Haager Urteil bekannt geworden ist, ist für Polen sehr beschämend. Fast durchweg wird von der polnischen Regierung verlangt, sie solle sich um die Haager Entscheidung und um den voraussichtlich gleichlautenden Spruch des Völkerbundes einfach nicht kümmern. Der besonders ehrenwerte „Kurjer Poznanski" empfiehlt sogar, Polen solle in Genf als loyales Mitglied des Völkerbundes auftreten, zuhause aber tun, was ihm beliebe!

Streng vertraulicher Hochverrat.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß in Bayern schon seit einigen Wochen in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, die unser deutsches Volk gegenwärtig zu ertragen hat, Vorbereitungen für einen gewaltigen Umsturz getroffen werden. Selbst der „Bayrische Verkehrsbeamten-Verein", dessen Mitglieder bekanntlich der Reichsverfassung Treue geschworen haben, hat sich bereits mit einer derartigen Möglichkeit beschäftigt und zu ihr in einer Art Stellung genommen, die auf vollendeten Hochverrat hinausläuft. Der „Soz. Parlamentsdienst" ist in der Lage, den wesentlichen Teil dieses an sämtliche Bezirksleiter und Bezirksleiterinnen, Obmänner und Vertrauensleute als „Streng vertraulich" bezeichnete Rundschreiben (Nr. 1631. S.) sowie die dazu gehörige Entschließung des genannten Bundes zu veröffentlichen:

„Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die gegenwärtigen unhaltbaren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse drängen zu irgend einer Entscheidung; gleich den Novembertagen 1918 stehen wir am Vorabend schwerwiegendster Ereignisse; es ist mit ziemlicher Bestimmtheit in ganz Deutschland mit dem Ausbruch schwerer Unruhen zu rechnen.

Für uns als Standesorganisation ist es von vornherein ausgeschlossen, uns zu diesen Vorgängen irgendwie politisch einzustellen. Für uns gilt es, kund zu tun, welchen Standpunkt wir als Beamte der lebenswichtigsten Betriebe im Interesse der Bevölkerung beim Eintritt irgend welcher Ereignisse, an deren Entwicklung wir keinen Anteil haben, einzunehmen haben.

Es ist sowohl im Reiche wie auch in Bayern mit der Möglichkeit zu rechnen, daß durch einen Gewaltstreich die Staatsgewalt in andere Hände übergeht. Oberster Leitstern für unser Verhalten in einer derartigen Situation, sei der Machthaber, wer er wolle, muß dann sein im Interesse des Volkes, um das Chaos nicht noch größer werden zu lassen, weiter zu arbeiten und zwar unter Weisung und Leitung unserer Verwaltungen, so lange, als diese selbst in der Lage sind, uns Befehle zu erteilen.

Für den Fall, daß ähnlich wie seinerzeit beim Kapp-Putsch die Reichsregierung eine Weisung erläßt, die den Reichsbeamten verbietet, einer nicht verfassungsmäßigen Macht Dienste zu leisten, ist mit der Möglichkeit zu rechnen daß die bayrische Staatsregierung auf Grund der Reichs- und Landesverfassung eine Notverordnung erläßt, die uns zur Dienstleistung zwingt. Dieser Notverordnung sind wir auch als Reichsbeamte wohl unter allen Umständen unterworfen.

Der B. V. B. V. hat sich in seiner letzten Vorstandssitzung in eingehender Aussprache mit der gesamten Lage und den etwa zu ergreifenden Maßnahmen befaßt und als Niederschlag dieser Beratungen einstimmig beifolgende Entschließung angenommen, die wir Ihnen zur gefl. Kenntnisnahme übermitteln mit der Bitte, dieselbe in geeigneter Weise der gesamten Kollegenschaft vertraulich bekanntgeben zu wollen. Die Entschließung ist auch der Z. B. D. R. V. M. — bayrische Zweigstelle des Verkehrsministeriums — und der Abt. VII des R. P. M., ferner sämtlichen rechtsrheinischen O. P. D. und R. B. D. zugegangen.

Im übrigen werden wir, soweit nur irgend möglich, bemüht bleiben, unsere Kollegenschaft über den Gang der Entwicklung stets auf dem Laufenden zu halten, sie von dem Eintritt neuer Situationen unterrichten und nötigenfalls mit entsprechenden Weisungen versehen. Wir appellieren hiermit an den so oft treu bewährten Organisationsgeist unserer Mitglieder auch in den bevorstehenden schweren Tagen und bitten zu bedenken, daß wir als Organisation beim Eintritt irgendwelcher Verhältnisse nur dann eine Macht bedeuten, wenn die Mitglieder vertrauensvoll und einmütig geschlossen hinter ihren Führern stehen.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen!

Hauptvorstandschaft des Bayr. Verkehrsbeamten-Vereins.

(Es folgen die Namen.)

Entschließung.

Die Hauptvorstandschaft des B. V. B. V. beschließt mit Rücksicht auf die gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Verhältnisse und den dadurch zu befürchtenden Ausbruch von Unruhen die Mitglieder des B. V. B. V. aufzufordern, daß sie in jeder politischen Lage den dienstlichen Weisungen des Leiters des Reichsverkehrsministeriums, Zweigstelle Bayern, und des Reichspostministeriums Abt. VII München bezw. der Reichsbahndirektionen und der Oberpostdirektionen zu folgen haben. Sollten diese mit dem Personal nicht mehr in Fühlung treten können, so wollen die Mitglieder ihren lebenswichtigen Dienst im Interesse des deutschen Volkes solange weiter versehen, bis sie daran gehindert werden. In diesem Falle wird der bayrische V. B. V., wenn er nicht gewaltsam ausgeschaltet ist, Weisung und Ratschläge erteilen, die im Interesse der Einigkeit befolgt werden wollen.

*

Sowohl das Rundschreiben wie die Entschließung besagen nichts anderes, als daß der „Bayrische Verkehrs-Beamten-Verein" beabsichtigt, im Eventualfall aus den Lehren des Kapp-Putsches die Schlußfolgerungen zu ziehen, um dadurch von vornherein ein Gelingen des Rechtsputsches ermöglichen zu helfen. Damals hatte die rechtmäßige Regierung bekanntlich ein Arbeitsverbot an alle Beamte für die putschistische Regierung erlassen. Eine derartige Durchführung will man im Eventualfall verhindern. Deshalb die Aufforderung an die Mitglieder, sich der rechtmäßigen Regierung gegebenenfalls zu verschließen und ihre Arbeitskraft in den Dienst der Rechtsputschisten zu stellen. Denn ein Rechtsputsch kommt doch für sie trotz aller Verklausulierungen als Bayern nur in Frage. Das läßt auch das Rundschreiben deutlich durchblicken, dessen Bearbeitung unseres Erachtens im übrigen nicht ohne Wissen amtlicher bayrischer Stellen erfolgt sein kann. Wie könnte sonst die Möglichkeit der Herausgabe einer Notverordnung durch die bayrische Regierung Erwähnung finden? Wie uns versichert wird, soll man sich innerhalb des bayrischen Kabinetts tatsächlich mit Gedanken beschäftigen, wie sie in dem Rundschreiben des „Bayrischen Verkehrsbeamten-Vereins" als „Streng vertraulich" bezeichnet sind.

Volkswirtschaft.

Fortgesetzte Absatzkrise.

Die gewaltige Kluft zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und den übersteigerten Ladenpreisen hat zu einer Absatzstockung in der Industrie geführt, die noch dadurch verstärkt wurde, daß der Export mit der Durchführung der Goldmarkpreise auf immer größere Schwierigkeiten stieß. Trotz des anhaltenden Marksturzes waren die Preise der deutschen Industrie fortgesetzt über den Weltmarktpreisen und es besteht so nach wie vor die Gefahr, daß die Arbeitslosigkeit bei zunehmender Teuerung wächst, wenn nicht durch rasche Durchführung einer Währungsreform die Grundlage für die Gesundung der Wirtschaft geschaffen wird. Die Absatzstockung trat deutlich in Erscheinung bei den bisherigen Herbstmassen in Leipzig und Breslau. Das Geschäft war dort ungewöhnlich gering. Unter dem gleichen ungünstigen Zeichen hat jetzt die Frankfurter Herbstmesse begonnen. Auch diese setzte mit einer auffallenden Geschäftsstille ein und es ist leider nicht zu hoffen, daß ihr weiterer Verlauf das Gesamtbild wesentlich ändern wird. In der Zwischenzeit hat sich ja die Lage besonders dadurch verschärft, daß alle diejenigen Rohstoffindustrien, welche vorher ihre Preise noch in Papiermark gestellt hatten, gleichfalls dazu übergegangen sind, über den Weltmarktpreis hinausgehende Goldmarkpreise zu verlangen. Dadurch wird die Produktion weiter gewaltig verteuert, während der Absatzmangel aus den bekannten Gründen anhält. Es ist dringend erforderlich, daß man gleichzeitig mit den Versuchen einer Stabilisierung der Währung und einer Verhinderung ungerechtfertigter Betriebseinschränkungen und Stillegungen die Preispolitik der Kartelle, insonderheit der Rohstoffkartelle, einer scharfen Nachprüfung unterzieht und sie zwingt, zu wirtschaftlicherer Arbeit zurückzukehren. Andernfalls werden die verarbeitenden Industrien zum Schaden der Endverbraucher und zum Schaden der in ihnen beschäftigten Arbeiterschaft außerstande sein, durch eine Herabsetzung ihrer Warenpreise den Markt zu beleben und damit auch bessere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Vermischte Nachrichten.

Schreckenstaten eines Geisteskranken. Eine entsetzliche Tragödie hat sich in St. Ottilien bei Kassel abgespielt. Während der Gastwirt Schütze abwesend war, warf seine Frau ihren neunjährigen Sohn aus der Bodenluke und tötete ihn dann durch einen Hieb auf den Kopf. Darauf steckte sie ihr zweijähriges Töchterchen mit dem Kopf in ein Jauchefaß und erstickte es. Nun begab sich die Mutter in die Schule und erbat für den zwölfjährigen Sohn Urlaub. Sie nahm den Jungen sofort mit auf den Boden, würgte ihn an der Kehle und warf ihn zum Fenster hinaus. Die Frau versteckte sich dann im Walde. Sie hatte letzthin schon mehrfach Spuren von Geistesstörung erkennen lassen.

Eine Fälscherwerkstatt wurde in der Wohnung des Steindruckers Koch in der Köpenicker Straße in Berlin entdeckt. 1200 falsche Zehnmillionenscheine wurden gefunden und beschlagnahmt. Die Falschgeldabteilung entdeckte im Keller des Hauses eine gut eingerichtete Fälscherwerkstatt und beschlagnahmte alles vorhandene Gerät. Außer den falschen Scheinen wurden 800 Milliarden Mark echtes Geld beschlagnahmt, die aus dem Erlös der für unechte Scheine gekauften Ware stammen.

Das verunglückte Ballonrennen. Aus Brüssel wird gemeldet, daß noch ein dritter Ballon bei der Wettfahrt um den Gordon-Benett-Preis vom Blitz getroffen worden ist. Es handelt sich um den amerikanischen Militärballon, dessen Aufstieg beinahe bereits in Brüssel verhängnisvoll gewesen wäre. Jetzt kommt die Nachricht, daß der Ballon im Gewitter an der holländischen Grenze abgestürzt sei. Beide Piloten, zwei Offiziere der Armee der Vereinigten Staaten, Lt. Olmstead und Choptaw, sind tot. Die beiden anderen verunglückten Ballone waren Polar (Spanien) und Genf (Schweiz).

Ein Riesenbrand an der Riviera. Ein gewaltiger Waldbrand, der im Riviera-Distrikt zwischen Toulon und Cannes wütete, hat die Naturschönheiten dieses gesegneten Landstriches arg in Mitleidenschaft gezogen. Um die Einwohner der bedrohten Ortschaften zu retten, wurden von der Südbahn Extrazüge eingelegt. Zu Hilfe eilendes Militär brachte die bedrohte Bevölkerung mit Lastkraftwagen aus der Gefahrenzone. Eine Anzahl kleinerer Motorboote beteiligte sich ebenfalls an der Hilfsaktion und rettete die Flüchtlinge, die in ihrer Not an die Küste geeilt waren. Mehrere hundert heimatlose Personen suchten in Cannes und Toulon Zuflucht. Man kann sich einen ungefähren Begriff von der Ausdehnung der Verwüstung machen, wenn man hört, daß im Monts-des-Maures-Bezirks der Wald im Umfang von etwa fünfzehn Meilen in hellen Flammen stand. Die Bewohner von Cannes beobachteten von den benachbarten Bergrücken aus das Wüten des Brandes. Die herrlichen Cornische d'Or-Felder, die das Ziel unzähliger Reisenden der ganzen Welt waren und die zu den bedeutendsten Schönheiten der Riviera zählten, sind ein Raub der Flammen geworden. Wenn noch größerer Schaden verhütet werden konnte, so lag es besonders an dem wirkungsvollen Eingreifen von Aeroplanen, die durch das Niederstreuen chemischer Löschmittel dem Brand nach vieler Mühe ein Ziel setzten. Französische Truppenkontingente warfen rund um den Brandherd einen Wall auf, der aber von den Flammen mehrfach übersprungen wurde.

60 schottische Bergarbeiter ertrunken. Aus bisher unbekannter Ursache ist in eine Kohlengrube in der Nähe von Falkirk in Schottland Wasser eingedrungen. Etwa 60 Arbeiter, die sich in der Grube befanden, sind ertrunken.

Erdbeben in Persien. Reuter meldet aus Teheran: In Budjrurd (Provinz Chorassan) wurden durch ein Erdbeben mehrere Dörfer völlig zerstört, 123 Menschen getötet und 100 verwundet. Die Erdstöße dauern noch an.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

29. Fortsetzung.

Dann wendete sich der biedere Mann zu Salomes Vater und sagte: „Ich habe heute viel Gutes von Ihnen gehört. Es muß Ihnen ein großer Trost sein, zu wissen, wieviel Achtung die Menschen vor Ihnen haben."

Und er drückte dem kleinen Manne fest die Hand.

Inzwischen stand Heinrich Hirzel bei Salome und sprach leise mit ihr, wie sie hätte Vertrauen zu ihm haben und ihm früher alles sagen sollen, daß er fürder sich Heinis annehmen werde und auch sie bitte, für sie sorgen zu dürfen.

Salome sah vor sich nieder. Auch seine Stimme drang nicht in ihre Dumpfheit.

Endlich, als es in den Fluren des Gerichtsgebäudes still geworden war, verließen alle das Haus. Einer war bei ihnen geblieben und hatte nichts gesprochen, sondern hielt sich als ein kluger, stiller Tröster zur Seite, nur durch seine Anwesenheit denen wohltuend, denen er wohlwollte. Das war Johann Paul Brändli. Er ging auch jetzt stumm, ein Stücklein hinter den anderen, aus dem Hause und blieb schließlich ohne Abschied zurück, als er sah, daß niemand auf ihn achtete.

*

Salome Zellers Leben verlief in der Stille eines kleinen gartenumgegebenen weißen Bauernhauses am See von St. Felix. Das lag auf der Morgensonnenseite zwischen der Stadt und dem nächsten Dorfe. Am Morgen hatte es goldene Fenster, und am Abend lag im Sommer früh ein kühler, köstlicher Schatten darüber. Nach langem Weigern hatte ihr Vater das kleine Gut, das Heinrich Hirzel gehört hatte, von diesem zur billigen Miete genommen. Da wohnten die beiden Alten, und Salome führte den Haushalt. Es hatte nie eine Beratung stattgefunden, was mit ihr werden sollte. Ihre Beliebtheit war bei den Vorstehern der Bank, in welcher sie gearbeitet hatte, so groß gewesen, daß sie vielleicht in eine bescheidenere Stellung dahin hätte zurückkehren dürfen. Niemand aber sprach davon, wie die drei Menschen auch dessen, was geschehen war, nicht Erwähnung taten. Sie hatten nach jener Gerichtsverhandlung das Alltagsleben wieder begonnen, und das Einerlei des Alltags war über das Geschehene hingewuchert wie Gras über ein Grab. Nur in die Kirche waren sie gleich am Tage nachher gegangen, alle drei, und hatten lange in ihren Stühlen gesessen. Aber nur die Eltern hatten gebetet. Salome taumelte von Geschehnis zu Geschehnis. Sie begann auch zu Hause zu arbeiten, ungeheißen, ja, mit einer gewissen Gier nach Arbeit. Aber eine Bitte um Verzeihung vermochte sie nicht auszusprechen.

In dem kleinen, kahlen Häuschen setzten sie das Leben fort. Lange Zeit war es ein dürres Leben. Die drei Menschen fanden nicht die rechten Worte für einander. So sprachen sie eben nur, was sie zur Not zu sprechen hatten. Wie ihre Umgebung ihnen fremd war, so war es auch ihr Tagewerk, und an beides mußten sie sich erst gewöhnen.

Vater Zeller trug schwer daran, daß er seine regelmäßige liebe Tätigkeit nicht mehr hatte, fast so schwer wie an dem Kummer um seine Tochter. Dann begann er den kleinen Garten zu bebauen, und manchmal setzte er sich mit der Angelrute an den See. Am Abend aber saß er mit der Zeitung auf der Bank am Hause, und Frau Regula kam mit dem Strickzeug. Da tat der See ihnen seine Schönheit auf, zeigte ihnen im blauen Spiegel die Rebhügel des jenseitigen Ufers und die Wolken, die am Himmel, und die Schiffe, die auf seiner Fläche segelten. Und die Stimmen des Abends klangen aus den Dörfern, ein Lied feiernder Mädchen, ein Kinderjauchzen und wandernde Glocken. Friede und Freude lag über dem Land, und Frieden lernten die beiden Alten wieder und lernten Freude zu haben an kleinen, unscheinbaren Dingen.

Es dauerte lange, bis Salome sich zu ihnen gesellte.

Oftmals ging an solchen Abenden die Mutter ins Haus, wo jene geschäftig war, um sie zu rufen, aber Salome fand stets einen Vorwand, drinnen zu bleiben, oder schnitt alle Mahnung mit dem scharfen Worte ab: „Ich will nicht kommen."

Eines Sonntags aber, der heiß gewesen war und in Klarheit und Kühle endete, sahen Vater und Mutter sie an der Hausecke stehen und in die Weite staunen, hinab, wo die Türme von St. Felix ragten und auf dem goldenen Zifferblatt des einen, des St. Petersturmes, zu dessen Füßen Salomes Leben begonnen hatte, noch ein Sonnenstrahl lag. Sie riefen das verschlossene Mädchen nicht heran, und sie trat an diesem Abend nicht zu ihnen, aber von da an kam sie öfter in den kleinen Seegarten.

Einmal begab es sich, daß es nach einem Gewitter war. Der Blitz hatte in ein Haus am jenseitigen Ufer geschlagen und man sah in die Flammen des Brandes. Die Erregung über das Unglück gab Salome, die mit den Eltern ans Ufer geeilt war, Worte. Man unterschied undeutlich das Rennen und Reiten der Menschen drüben, und die drei sprachen von dem, was sie sahen. Als sie aber nach langer Zeit sich von dem Bilde des Brandes abwendeten, weckten ein paar Nichtigkeiten ihres eigenen Gartens ihr Interesse. Da war ein Stock mit großen, hellroten Rosen, die noch von den Regentropfen, die das Gewitter auf sie geworfen, schwer hingen. Eine wunderbare Frische lag über den Blumen, und Vater Zeller nahm eine oder zwei der größten beim Stengel und zeigte sie erst Frau Regula, dann Salome. Sie wechselten auch jetzt und in Ruhe, wie vorhin im Schrecken, ein paar Worte. Salome entdeckte einen bunten, zierlichen Käfer auf einem Blatte, und ohne daß sie es helfen konnte, sprang eine kleine, frohe Ueberraschung in ihr auf und zeigte sie mit rascher Bewegung das Tierchen den Eltern. Gleich darauf und als ob sie sich selbst das seelische Aufhellen mißgönnte, wendete sie sich ab und ging mit bleichem Gesicht ins Haus zurück.

Es war aber doch von da an eine leise Brücke zwischen ihr und den Ihrigen gebaut. Sie fanden manchmal den alten Ton, welcher einst ihrem Zusammenhausen die köstliche Behaglichkeit gegeben. Was aber ihrem Wesen den Stempel gab, das war ihre Frömmigkeit. Auch Salome begann sie zu teilen. Sie lag ihrer zerbrochenen und milden Seele näher als einst ihrem starken und freien Geiste.

Zuweilen kam Heini zu Besuch, und er störte sie nicht, noch brachte er ihnen, was sie hätte reicher machen können. Er hatte die Luzia geheiratet, und sie war ihm zwar eine putzsüchtige, aber im ganzen keine üble Frau. Er aber machte seinen Weg, hatte seine zeichnerischen Fähigkeiten weiter ausgebildet und gründete mit Heinrich Hirzels Hilfe eine eigene Buchbinderei, in welcher er sich durch das Selbstentwerfen künstlerischer Einbände einen gewissen Namen erwarb. Er sprach aber nie von seinen Erfolgen und Geschäften. Wie Salome im Alter verschlossen und schwer zugänglich geworden, so war er es jung und sein Leben lang.

Auch die Pfisters kamen, und als genug Zeit vergangen war, daß Wunden vernarben konnten, sah Heinrich Hirzel dann und wann bei seinem alten Angestellten herein.

Noch war aber kein volles Jahr seit jener Gerichtsverhandlung vergangen, da erschien auch Johann Paul Brändli eines Tages in dem kleinen Hause.

Es war Herbst und ein Sonntag. Die Eltern Salomes waren seltenerweise ausgegangen, und vielleicht ahnte oder wußte es der Gast, den Salome bekam. Tagsüber war es am See lebhaft gewesen, von Schiffen auf dem Wasser und von Wanderern an den Ufern. Auch hatten in einigen Weinbergen die Winzer gearbeitet. Jetzt wurde es still um das Haus. Das leise Herbstbleichen lag in der Natur, da die Blätter hell werden, die Sonne weiß und der Himmel matt. Im Garten am See blühten Dalien und Astern, und die Wege waren feucht von Abendtau. Salome saß auf der Bank am Hause, im schwarzen Sonntagskleid, aber barhaupt. Sie las in einem Buche, das ihr auf den Knien lag, und hielt das braune, herbe Gesicht gesenkt. Die weiße Sonne fiel auf ihren glatten Scheitel und zeigte, daß er grau war wie der eines alten, alten Weibleins.

Hinten am Hauseingang scholl die Glocke.

Salome achtete nicht darauf, wollte nicht achten; denn die Eltern konnten noch nicht zurück sein, und sie begehrte keinen Besuch.

(Schluß folgt.)

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

über die Prämientarife der Zweiganstalten mehrerer Baugewerks-Berufsgenossenschaften.

Vom 14. Septbr. 1923.

Die durch Bekanntmachung vom 17. November 1911 veröffentlichten und nach der Bekanntmachung vom 21. Novemb. 1914 — I 12825 — auf unbestimmte Zeit verlängerten Prämientarife der Zweiganstalten der Hamburgischen und der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft werden nach Anhörung der Genossenschaftsvorstände vom 1. Oktober ab wie folgt geändert:

1. Zu den Tarifsätzen aller Gefahrklassen wird von der Hamburgischen Baugewerksberufsgenossenschaft ein Zuschlag von 300 vom Hundert und von der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ein Zuschlag von 400 vom Hundert erhoben.
2. In allen Gefahrklassen wird von beiden Berufsgenossenschaften eine Mindestprämie erhoben, deren Höhe das Fünfzehnfache der am Schlusse des Vierteljahres gültigen Postgebühr für den einfachen Brief im Inlandfernverkehr beträgt. (6894

Das Reichsversicherungsamt,
Abteilung für Unfallversicherung.
gez. Dr. Kaufmann.

Enorm billig!

Gardinen

Tüll-Gardine starkfädige Qualität ..... Meter — Millionen **5,9**

Tüll-Gardine doppeltbreit, schöne Muster ..... Meter **12,5**

Halbstores Erbstüll oder gewebter Tüll, mit und ohne Volant ... Stück **68**

Künstler-Gardinen Garnitur, bestehd. aus 2 Flügeln, 1 Querbehang, moderne Muster **98**

Decken

Kaffeedecken waschbar, doppelseitige Qualitäten ..... 85 — Millionen **69**

Tischdecken grau Leinen, mit Kurbelstickerei **98**

Bettdecken Damast oder englisch Tüll, für 2 Betten **298**

Diwandecken entzückende Farbstellungen, doppelseitig **580**

Möbelstoffe

Möbelkrepp in allen modernen Mustern ..... Meter — Millionen **39**

Dekorationsstoff moderne Streifen, ca. 130 cm breit ..... Meter **68**

Gobelinstoff doppeltbreit, besonders kräftige Qualität ..... Meter **98**

Möbel-Plüsch moderne Streifen und Karos, ca. 130 cm breit **137**

Wachstuch-Reste für Küchentische passend (mit kleinen Druckfehlern) ..... Stück **19** Millionen

Holstenhaus

Lübeck. * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Lübeck.
(686

Umständehalber findet die Versammlung am **Donnerstag, dem 27. d. Mts.**, abends 7½ Uhr bei **Lender**, Hundestr. 41 statt.

Voraussichtlich Vortrag des Genossen **Dr. Leber.**

Die Ortsverwaltung.

Mieterschutzverein.
Donnerstag, 27. 9., 7½ Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus
6854)

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.
(690

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, d. 28. Sept. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
1. Lohn- und Gehaltsbewegung.
2. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
Ortsgr. Rückniz.

General-Versammlung
am Freitag, 28. Septbr. abends 7 Uhr
bei W. Dieckelmann.

Tagesordnung:
1. Bericht und Abrechnung vom 3. Quartal
2. Neuwahl der Distriktsleitung.
3. Verschiedenes. (691

Die Ortsverwaltung.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (6882

Damenrad mit od. ob. Gummi zu kaufen gef. Ang. mit Preis u. **C 312** an die Exp. d. Bl. (6889

Tausche getr. Damenschaftstief., Gr. 39 geg. getr. Herrenstiefel, Gr. 42—43. Ang. u. **C 314** a. d. E. (6891

Directrice fertigt Damenhüte an. (6890 Friedenstr. 99.

Tachtland Mönkhofer Weg (Mühlentor) gegen gleich Holstentor z. tausch. gef. Ang. u. **C 315** a. d. Exp. d. Bl. (6898

Achtung lesen!
Heute und morgen billiger Verkauf von
Kernseife
6910) Fischergrube 43.

Am Sonnabend, dem 29. Septbr. 1923 ist unsere Wertpapier-Abteilung zur Annahme von Aufträgen zur Ausübung des Bezugsrechtes auf unsere Aktien
von 9—12 Uhr geöffnet.
(6893) **Lübecker Privatbank.**

Lübecker Privatbank, Lübeck.
Mk. 50 000 000.—
zum Bezuge angebotene neue Aktien.

Das bei Ausübung des Bezugsrechtes zu entrichtende Pauschale für die Abgeltung der Bezugsrechtsteuer beläuft sich auf 680 000 %, sodaß der Bezugspreis für jede junge Aktie sich auf 1 000 000 % zuzüglich 680 000 %, zusammen also auf 1 680 000 % zuzüglich Börsenumsatzsteuer stellt. Ablauf der Bezugsfrist am 29. September 1923.

Lübeck, den 26. September 1923. (6894

Lübecker Privatbank.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 70 vom 26. September 1923 enthält: (6900

Ausführungsverordnung zu dem Gesetze über den Verkehr mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen vom 11. Juni 1923. — Ausführungsverordnung zu dem Gesetze über den Verkehr mit unedlen Metallen vom 11. Juni 1923. — Nachtrag zu der Verordnung vom 27. September 1922, betreffend die Zulassung und die Pflichten der Schornsteinfeger sowie das Reinigen der Schornsteine. — Vierter Nachtrag zu dem Gesetz vom 6. Dezember 1906 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. — Gebührenordnung des Stadt- und Landamtes.

Gutscheine für Gas, Strom und Wasser.

Ab Donnerstag sind wieder an den bekannten Verkaufsstellen Gutscheine erhältlich.

Verfalltag dieser Gutscheine 24. Novbr. 1923.

6902 **Städtische Betriebe.**

Das Verwaltungsgericht der freien und Hansestadt Lübeck.

Öffentliche Sitzung

am **Donnerstag, dem 27. September 1923, nachmittags 4 Uhr** im Verwaltungsgebäude, Fleischhauerstr. 20, Zimmer 25. (6884

Konsumverein f. Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.
Abt. Schlachterei.

Freitag und Sonnabend dieser Woche
Sonderangebot
in (6892
Gefrierfleisch.
Der Vorstand.

Alt-Eisen, alte Maschinen, Dampfkess. j. Art, Huf- u. Schmiedeeisen, Späne-, Schmelz- Gußbruch.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Staniol, Späne
L. Lissianski, Kanalstr. 21 Obertrave 19. Großhandel. Fernspr. 876. Großhandel.
Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede.
Fabrikationsbetriebe.
6889

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte.
6888

Nichtamtlicher Teil

Am 25. September starb nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante (6909
Emma Heick,
geb. Meier
im Alter von 26 Jahren.
Im Betrauern: **Karl Heick und Angehörige.**
Abkündigung, Siemenstr. 102.
Beerdigung Freitag, d. 28. Septbr., 3½ Uhr.

Am Sonntag, dem 23. September 1923 verstarb infolge Krankheit unser Arbeitskollege (68
W. Mett
aus Palingen.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Arbeiterschaft der Firma Kuhlenwerk Lübeck A.-G. Herrenwyk.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (6669
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 18

Kleinkörniger
Generatoren-Koks
ungefähr zr. Zentner **5 Millionen**
ab Donnerstag abzugeben auf der früheren Geniner Ziegelei hinter Tück. (6896

Seeretz.
2 Zimmer mit oder ohne Kost zu vermieten. (6901

Zur Walkmühle.
2 Petroleum-Kochkisten und 2 Bilder mit Goldrahmen zu verk. (6887 Engelswisch 39/41.

2 Zugänger
40 Z. 65 Pfund (6907) Kreuzstr. 7.

Kl. Haus zu verkaufen. 2-Zimmerwohn. muß in Tausch gegeben werden, am liebst. Holstent. (6878 Näh. Engelsgrube 31/4.

Zu verkaufen ein gut erhaltener Jünglings-Paletot. (6903 Augustenstraße 28 I.

Beurl. m. Mutt., Balcnot v. 12). Knaben und Kanäzel gegen Kost oder Bremer z. Tisch gef. (6905 Mittelstraße 2.

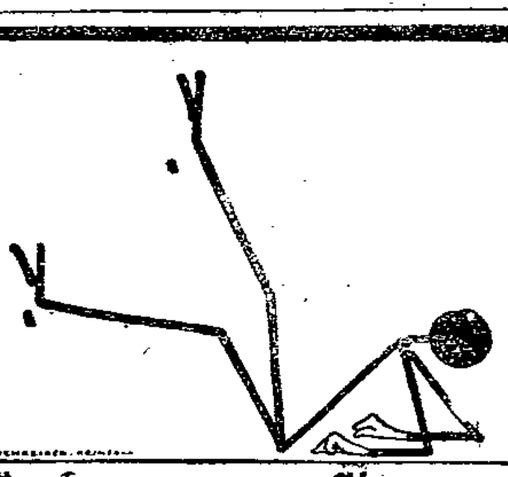
J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 54/56.
Das bekannte Kaufhaus für (6668
Herren-Garderoben, Herrenbekleidung, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion, Eigene Manufakturwaren.

Kohs-Schlacken
für Bauzwecke u. Wegebesserung hat abzugeben
H. Barschmann,
Friedrich-Wilh.-Mag 4 L (6897) Fernr. 2330.

STOFFE
für Herren und Damen (6906
weit unter Tagespreis,
das Meter schon von 60 Millionen Mark an.
Nur Böttcherstraße 21.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Garderobenblocks
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3762
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46



So kann man stürzen
wenn man seine
Gummisohlen und Absätze
nicht in der
Reform-Schuhwaren-Reparatur u. Stepperei
(mit elektrischem Betrieb)
50 Hüxstraße 50
Robert Jentzen
machen läßt.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Adlershorst. Jeden (6881) Donnerstag: **Ball.**

Hansa-Theater.
Ab Mittwoch, den 26. Septbr. täglich 7½ Uhr:
Der Gaukler-könig.
Operette in 3 Akten von Presber, Stein und Zerlet. (6879
Musik von Jean Gilbert.
Regie: Oberspielleiter **Willi Raven.**
Musik: Kapellmeister **Fritz Dahm.**
Hauptdarsteller: **Richard Roiko, Waldemar Horst, Henry Vahl, Erna Schlüter, Friedel Pfiz, Helene Matzinger-Stastny.**

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, 7,30 Uhr: **Die Jüdin v. Toledo.**
Freitag, **6,30 Uhr: Zar u. Zimmermann.**
10 Uhr: Tanzgastspiel von Valeska Gert.
Sonnabend, 7 Uhr: **Rosenkavalier** (außer Ab.) mit Gästen.
Letzter Termin der Einlösung der Ab.-Karten für d. Donnerstag-Ab.
6888)

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Mittwoch, 26. September 1923. Nummer 225.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 26. September.

Am Ausgang der Sommertage.

Ich sah des Sommers letzte Rose stehn,
Sie war, als ob sie bluten könne, rot;
Da sprach ich schaudernd im Vorübergehn:
So weit im Leben ist zu nah am Tod!

Es regte sich kein Hauch am heißen Tag,
Nur leise strich ein weißer Schmetterling;
Doch ob auch kaum die Luft sein Flügelschlag
Bewegte, empfand es und verging.

*

Dies ist ein Herbsttag, wie ich keinen sah!
Die Luft ist still, als atmete man kaum,
Und dennoch fallen raschelnd fern und nah
Die schönsten Früchte ab von jedem Baum.

O stört sie nicht, die Feier der Natur!
Dies ist die Lese, die sie selber hält;
Denn heute löst sich von den Zweigen nur,
Was vor dem milden Strahl der Sonne fällt.

Friedrich Hebbel.

Erhebliche Mieterhöhung zum 1. Oktober.

Zweimillionenfache Friedensmiete.

Durch Senatsverordnung sind die Zuschläge zur gesetzlichen Miete mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. erheblich erhöht worden. Im einzelnen errechnet sich die gesetzliche Miete wie folgt:

Grundmiete	100 %	der Grundmiete
Zuschlag für durchschnittliche Steigerung der Hypothekenzinsen usw.	150 %	„ „
Zuschlag für Verwaltungskosten und ähnliche Unkosten	5 999 750 %	„ „
Zuschlag für laufende Instandsetzungskosten	180 000 000 %	„ „
Zuschlag für große Instandsetzungskosten	64 000 000 %	„ „
zusammen:	250 000 000 %	der Grundmiete
das sind im Regelfalle	200 000 000 %	der Friedensmiete.
Dazu kommen bei Untervermietung an 1—3 Personen	1 800 000 %	der Grundmiete
bei Räumen, die nicht zu Wohnzwecken gemietet sind	1 800 000—18 000 000 %	„ „
bei wirtschaftlich schwachen Betrieben nicht mehr als	1 800 000 %	„ „
bei Betrieben, die nicht der Gewerbesteuer unterliegen (Aerzte, Rechtsanwälte usw.) nicht mehr als	9 000 000 %	„ „

Demnach beträgt die gesetzliche Miete vom 1. Oktober an in der Regel das **2 000 000fache der Friedensmiete.** Zu dieser erheblichen Erhöhung, die nach der seit Erlaß des Reichsmietengesetzes erfolgten Erhöhung der Maurerlöhne berechnet ist, hat der Senat sich trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage vieler Mieter entschlossen, um endlich wieder einmal den Hausbesitzern die Möglichkeit zu gewähren, von den Mieten Instandsetzungsarbeiten an den Häusern vornehmen zu lassen und dadurch die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Die Gefahr einer Zunahme der Arbeitslosigkeit ist zurzeit die größte wirtschaftliche Gefahr. Die Hausbesitzerschaft hat durch den Mund ihrer Vertreter erklärt, daß die Vermieter bei bedürftigen Mietern, welche die erhöhte Miete nicht aufbringen können, nicht die volle Miete fordern würden. Nur wenn im Sinne dieser Zusage verfahren wird, wird auch in Zukunft eine Bemessung der Zuschläge im gleichen Verhältnis wie zum 1. Oktober möglich sein. Mieter, die von den Unterstützungen des Wohlfahrtsamtes, der Arbeitsbehörde oder der Armenbehörde leben, werden ihre Bezüge vielfach erst einige Tage nach dem 1. Oktober erhalten. Es darf wohl angenommen werden, daß die Vermieter sich ohne weiteres solange gedulden werden.

Eine weitere Erleichterung der Mieter zur Aufbringung der erhöhten Miete besteht darin, daß in der lübeckischen Ausführungsverordnung zum Mieterschutzgesetz bestimmt ist, daß die Mieter, die bisher ihre Miete vierteljährlich im voraus gezahlt haben, den Vermietern erklären können, **daß sie von nun an monatlich zahlen wollen.** Sie haben dann nur die gesetzliche Miete für den Monat Oktober zu zahlen. Eine Erläuterung der neuen Mieten, die sich für möblierte Räume ergeben, wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

*

In glatten Worten gesagt, kostet eine Wohnung, für die im Frieden 300 Mk. bezahlt wurde, in Zukunft 600 Millionen Mark, per Monat 50 Millionen. Rechnet man dazu die Wohnungsbauabgabe und die sonstigen öffentlichen Abgaben, dann verdoppelt sich dieser Betrag mindestens. Wenn wir auch nicht verkennen, daß sich die phantastische Geldentwertung auch bei den Mieten auswirken muß, so sehen wir in dieser Mietpreisfestsetzung denn doch einen harten Schlag für die Bevölkerung. Dieser trifft sie um so schwerer, als der größte Teil der Arbeiterschaft nur verkürzt arbeitet und über 4000 ganz erwerbslos sind. Am vollen Lohn und an den Verhältnissen der Vorkriegszeit gemessen, wäre die Miete nicht zu hoch, sie bleibt beträchtlich hinter der Friedensmiete zurück. Aber das war ja gerade noch die einzige Erleichterung, die das geplagte Volk in unserer Zeit allgemeiner Ueberteuerung zu verzeichnen hatte. Den guten Glauben des Senats, daß alle Hausbesitzer nun die erhöhten Einnahmen zur Instandhaltung der Häuser verwenden werden, teilen wir erfahrungsgemäß nicht. Die kleinen Hausbesitzer taten bisher ihr möglichstes in dieser Beziehung, aber jene Kreise, die aus ihrem Hausbesitz ein Geschäft machten, werden nach wie vor die erhöhten Einnahmen ohne Gegenleistung einstecken. Wie wenig auf Versprechungen zu geben ist, ergibt sich aus dem neuerlichen Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt über die Vermietung gewerblicher Räume. Bekanntlich war seit der Neufassung des Reichsmietengesetzes die Festsetzung der Miete für Räume in reinen Geschäfts- und Industriehäusern der freien Vereinbarung überlassen. Die Vermieter benutzten diese Lockerung der Zwangswirtschaft zu überhöhten Forderungen, die weite Kreise der Bevölkerung beunruhigten. Deshalb beabsichtigt der preußische Minister für Volkswohlfahrt, die Mieten für diese Räume in kürzester Frist wieder der staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

Erst in der Bürgerschaftssitzung am Montag hat der Vertreter der Hausbesitzer Klage darüber geführt, daß in Lübeck in dieser Beziehung noch Einschränkungen bestehen. Aus dem eben angezogenen Erlaß ersieht man, was es mit den Versprechungen der Vermieter auf sich hat. Wenn schon die Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den gewerblichen Räumen nicht möglich ist, wieviel weniger denn bei den Wohnräumen. Die Anläufe gegen die Wohnungszwangswirtschaft haben sich außerordentlich verstärkt. Mit allerlei schönen Versprechungen versucht man auch hier den Boden für eine Aufhebung der behördlichen Regelung vorzubereiten. Die Anordnung des preußischen Wohlfahrtsministers läßt erkennen, daß der Zeitpunkt für Versuche, die auf das Wohnungswesen ausgedehnt, verhängnisvoll werden müßten, noch nicht gekommen ist.

Wenn wir uns trotz aller sonstigen Lasten mit der jetzigen und weitersteigenden Mieterhöhung abfinden müssen — in Hamburg beträgt sie sogar das dreimillionenfache — dann sind die Lasten nur zu ertragen, wenn der Arbeitsmarkt auch wirklich belebt wird. Dafür muß unter allen Umständen gesorgt werden.

Zur Ausstellung dänischer Plakate im St. Annen-Museum wird uns noch geschrieben: Die dänische Plakatkunst ist jünger als die deutsche. Sie begann erst zu einer Zeit, als die Plakatkunst anderer Länder schon auf einer beachtenswerten Höhe stand. Die vorliegenden Arbeiten dänischer Werbekunst zeigen, daß dieser Vorsprung von einzelnen Künstlern voll und ganz eingeholt worden ist. Die Ausstellung bringt zum weitaus größten Teil Säulen- oder Außenplakate. Wenn auch ein in formaler und künstlerischer Beziehung einwandfreies Säulenplakat in erster Linie dem Auffassungsvermögen derjenigen Kreise entsprechen soll, zu dem der Auftraggeber sprechen will, so hat es selbst hier noch die Aufgabe, dem Passanten, der noch dazu in den meisten Fällen nicht einmal aufnahmewillig ist, innerhalb weniger Sekunden irgendeine Sache einzuprägen. Das Säulenplakat muß also etwas Zwingendes haben, es muß in einer bis aufs äußerste konzentrierten Form das, was es sagen will, selbst dem flüchtigen Beschauer durch einen Blick zum Bewußtsein bringen. Wenn bei einem Teil der ausgestellten Plakate dieser Endzweck nicht erreicht ist, so liegt das wohl daran, daß es nicht allen sich auf das Gebiet der Werbekunst begebenden Künstlern gelingt, sich von den vielen Voraussetzungen der Illustrations- oder Malkunst, die bei der Ausarbeitung eines werbekräftigen Plakats nur Ballast sind, freizumachen. Um so einprägsamer präsentieren sich z. B. die Plakate von Sven Henriksen, der mit dem flatternden roten Hahn für die Feuerwehrausstellung sowie mit den Plakaten für die Buchausstellung 1922 und für die Radiumfondssammlung sowohl in künstlerischer wie in werbetechnischer Beziehung ins Schwarze getroffen hat. Vortreffliches bietet uns ferner Sven Braasch mit seinem „Wundermann", der mit der meisterhaften Beherrschung von Farbe und Fläche an Bernhard und Hohlwein heranreicht. Von seinen weiteren Arbeiten sind zu nennen „Spion", „Seine Pariser Frau", „Der Held der Stadt". Reichlich beschickt mit zum Teil hervorragenden Stücken war die Ausstellung von Valdemar Andersen und Thor Bogelund. Allen Plakatfreunden sei der Besuch der Ausstellung empfohlen. -dt.

Ortsausschuß und Betriebsräte.

In der am Dienstag abend abgehaltenen Sitzung, die sich mit der Erwerbslosenfrage beschäftigte, wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am 25. September 1923 im Gewerkschaftshaus tagende gemeinsame Versammlung der gesamten Vorstände des ADGB., Afabundes, ADB., der Betriebsräte, Betriebsobleute und Baudelegierten spricht den Erwerbslosen Lübecks ihre volle Sympathie aus. Die Versamelten geloben, alles was in ihren Kräften steht, zu tun, um das Los derselben zu lindern. Insbesondere verpflichten sich die Funktionäre der Gewerkschaften Lübecks, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß in den Betrieben keinerlei Ueberstunden gemacht werden, die die Erwerbslosen schädigen. Ferner verpflichten die Funktionäre sich, alles daran zu setzen, um möglichst viele Erwerbslose wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Die Versammelten erwarten, daß der Lübecker Staat durch Bereitstellung von Mitteln schnellstens in großem Umfange weitere Notstandsarbeiten als bisher in Angriff nehmen läßt. Insbesondere fordert die Versammlung, daß die Wohnungsbautätigkeit in weitgehendstem Umfange aufgenommen wird. Die Versammelten erwarten weiterhin von der Arbeitsbehörde, daß sie restlos im Sinne der Eingabe des ADGB. vom 28. August tätig ist. Endlich erwarten die versammelten Funktionäre der Lübecker Arbeitnehmerschaft, daß nicht nur der Staat, sondern auch die leistungsfähigen Kreise Lübecks alles tun werden durch Bereitstellung von Geldmitteln oder Naturalien, die Notlage der Erwerbslosen zu lindern.

(Ein näherer Bericht über die Sitzung folgt.)

Ein abgeschnittener Zopf. Der Senat hat beschlossen, Ehrengeschenke und die Ehrendenkmünze „Für Treue im Dienst", die bisher aus Anlaß von Jubiläen gegeben wurden, nach dem 1. Oktober nicht mehr zur Verteilung zu bringen, sondern den Jubilaren nur noch Glückwunsch- bezw. Anerkennungsschreiben zuzustellen. — Es war auch höchste Zeit, mit diesem Zunftgebrauch zu brechen und es würde ferner kein Mäuslein beißen, wenn auch die Anerkennungsschreiben unterbleiben würden.

Mephisto und die deutsche Währung.

Faust II. Teil, 1. Akt.

Kanzler:

Nun also, ihr Getreuen, Lieben,
Versammelt um der Weisheit Thron,
Wo war'n wir gestern steh' geblieben?
Ich glaube: bei der Inflation.

Schatzmeister:

Die Steuern, die wir ausgeschrieben,
Wie Röhrenwasser blieben aus.
Wohin man kommt, hält jetzt ein Prasser Haus
Und unbekümmert will er leben.
Zusehen muß man, wie er's treibt;
Wir haben so viel Rechte hingegeben,
Daß uns auch nicht ein Recht mehr übrig bleibt.
Auch auf Parteien, wie sie heißen,
Ist heutzutage kein Verlaß,
Die Bayern prügeln sich und Preißen,
Der Dollar steigt, es steigt der Haß.
Die wertbeständigen Devisen
Verstecken sich, um auszuruhn,
Es ist die schlimmste aller Krisen:
Ein jeder hat für sich zu tun.
Des Goldes Pforten sind verrammelt,
Ein jeder kratzt und schart und sammelt,
Und unsre Kassen bleiben leer.

Verkehrsmeister:

Welch Unheil muß auch ich erfahren.
Wir wollen alle Tage sparen
Und brauchen alle Tage mehr.

Gesetzmeister:

Gerechtigkeit .... Doch ach, was hilft dem Menschengeist Verstand,
Dem Herzen Güte, Willigkeit der Hand,
Wenn's fieberhaft durchaus im Staate wütet
Und alles sich in Uebeln überbrütet?
Wer schaut hinab von diesem hohen Raum
Ins weite Reich, ihm scheint's ein schwerer Traum,
Wo Mißgestalt in Mißgestalten schaltet,
Das Ungesetz gesetzlich überwaltet
Und eine Welt des Irrtums sich entfaltet.

Wehrmeister:

Wie tobt's in diesen wilden Tagen!
Ein jeder schlägt und wird erschlagen.
Und ach! ich selbst bin Blindekuh
Und deck' das Illegale zu.
Ich laß sein Toben, wütend Hausen.
Bin nur nach links hin forscher Mann.
Denn 's sind noch Könige da draußen,
Die gehn mich mehr als Zeigner an.

Kohlenkönig:

So bilden wir die Einheitsfront!
Erhöht den Preis, senkt den Diskont!
Mehr Arbeitsleistung, wen'ger Löhne,
Das ist das Wahre, Gute, Schöne.

Ar- und Halmkönig:

Erlangt ihr von mir Ernährung,
Bezahlet mich in Roggenwährung,
Dann jauchzen die Wiesen, es freut sich das Heu
Und die Ochsen sind nicht mehr steuerscheu.

Bankenkönig:

Wir klettern über Kinderleichen.
Der Dollar muß hoch, die Mark muß weichen.
Wir leben von der Notenpresse ....
Elend? — Für nicht Notiertes kein Interesse.

Gemurmel der Menge:

Wo soll das aus? O Elendswelt.
Ich hab' kein Feuer, kein Kleid, kein Geld.
Die Kinder laufen in Lumpen.
Den einen die Zinsen, den andern die Zölle,
Den einen der Reichtum — und uns die Hölle —
Gold glüht in roten Klumpen.

Kanzler:

Entschlüsse sind nicht zu vermeiden,
Wenn alle schädigen, alle leiden.

Mephisto:

Was ist erwünscht und stets willkommen?
Was ist ersehnt und nicht verjagt?
Was immerfort in Schutz genommen?
Was hart gescholten und verklagt?
Fürwahr: es ist die güldene Qual,
Die Geisel der Menschheit: Das Kapital ....
Ihr wißt, ich riet euch einst zu Assignaten,
Zu der Milliarden Bleigewicht,
So will ich euch auch für're Rettung raten,
Nur stopft des Staates Lücken nicht!
Vor allem muß ein Defizit verbleiben,
Denn meine Weisheit ist spekulativ,
Und wollt ihr euch dem Teufel recht verschreiben,
So bleibt das Kapital und bleibt passiv.
Dem Glücke zu, dem blutenden, versteckten
Führ' ich euch zu im Rausche der Effekten,
Zwar wen'gen nur ist Eintritt in mein Haus,
Doch diesen breit' ich alle Ueppigkeiten aus
Und öffne die Tresors im Licht der Diamanten —
Die andern soll'n verrecken an den Straßenkanten.

Chorus mysticus:

Was webt sich da um den Havenstein?

Chorus visibilis:

Der wird noch lang' im Amte sein.

Chorus antisemiticus:

Der Teufel hol die Hilferdinge,
Die Unken und Novemberlinge.

Der Kanzler:

Der Worte sind genug gedreschselt,
Wir wollen Taten lassen sehn.

Mephisto:

Doch wenn ihr nicht die Richtung wechselt,
Wird alles in die Binsen gehn.

(Für richtige Abschrift: Cazotte.)

Der Schöpfer der Briefmarke. Allenthalben wird Sir Rowland Hill, der bekannte Schöpfer des Pennyportos und der erfolgreiche Reorganisator des englischen Postwesens, als der Erfinder der Briefmarke angenommen. Jedoch neueste Forschungen haben nun nachgewiesen, daß diese Annahme unrichtig ist. Der wirkliche Schöpfer und, wenn man so sagen darf, geistige Urheber der Briefmarke nannte sich vielmehr J. Chalmers. Als Herausgeber des „Dundee Chronicle" machte er im Jahre 1834 den Vorschlag der Einführung einer aufklebbaren Postmarke, um dadurch eine Vereinfachung der Portovorauszahlung zu erzielen. Jahrelang blieb seine gute Absicht unbeachtet. Endlich im Jahre 1839 wurde sein Vorschlag, gemeinsam mit der Pennyporto-Bill, vom Unterhaus angenommen und unmittelbar damit zusammenhängend, verfügte ein Erlaß vom 26. Dezember 1839 die behördliche Anfertigung aufklebbarer Briefmarken sowie gestempelter Briefbogen und Umschläge. Dies war die Geburtsstunde der Briefmarke und zwar diese Marke die jedem Markensammler wohlbekannte rote Marke mit dem Kopf der damals noch jugendlichen Königin Viktoria, am oberen Markenrand steht „Postage", der untere Markenrand bringt die Wertbezeichnung „One Penny", beide Aufschriften sind in einfacher Antiqua-Schrift ausgeführt.

Ein musterhafter Betriebsrat.

Der Wahrheit eine Gasse.

Am Sonnabend, 15 September, veröffentlichte die kommunistische „Volkswacht“ folgende „klassenbewußte“ Notiz:

Ein Erfolg des geschlossenen Auftretens der Werftarbeiter. Die Belegschaft der Flenderwerft erzwingt von der Direktion die Auszahlung einer Lohnabschlagszahlung von 50 Millionen Mark.

Die Belegschaft der Flenderwerft demonstrierte am letzten Sonnabend vor dem Direktionsgebäude. Die Forderung einer sofortigen Lohnabschlagszahlung wurde durchgedrückt. Am Montag bekam jeder Arbeiter 50 000 000 Mk. ausbezahlt.

Darauf sandte die Direktion der Flenderwerft an den General-Anzeiger und an den Volksboten eine Berichtigung. Sie stellte fest, daß in der Notiz nur die Satzzeichen richtig seien. Weder habe die Belegschaft vor dem Direktionsgebäude demonstriert, noch sei eine Lohnabschlagszahlung gefordert und bezahlt worden.

Wir hatten keinen Grund, diese Berichtigung zurückzuweisen. Und stellten ihr in unserem lokalen Teil 8 Zeilen zur Verfügung, ohne auch nur mit einem Wort Stellung dazu zu nehmen.

Darob wurde der Betriebsrat der Flenderwerft, der so billige Lorbeeren errungen hatte, sehr aufgeregt. Und antwortet in einem kleinen Artikel in der „Volkswacht“. Worin er ungefähr bestätigt, daß die Direktion recht hatte. Das Interessanteste aber an dem ganzen Artikel war die wildgewordene Ueberschrift:

Der „Volksbote“ als Organ der Kapitalisten.

Der „Volksbote“ identifiziert sich mit den Behauptungen der Direktion der Flenderwerft gegen die Arbeiter. — Ist Herr Dr. Leber an der Hetze gegen die Belegschaft interessiert?

Eigentlich müßte selbst ein kommunistischer Betriebsrat eines der größten Lübecker Werke allmählich wissen, daß der politische Redakteur eines Blattes mit Lokalnotizen nichts zu tun hat. Aber nicht dieser Feststellung zuliebe antworten wir: etwas anderes erregt unsere liebevolle Aufmerksamkeit. Am Freitag, dem 21. September stand nämlich auch in der „Volkswacht“ eine Berichtigung. Man lese und überlege:

Die Nachricht von der Flenderwerft, veröffentlicht am Sonnabend, 15. September, ist uns falsch übermittelt worden. Der Betriebsrat hatte die Meldung nicht gemacht!

Gehört jetzt vielleicht auch schon die „Volkswacht“ zu den Kapitalistenknechten? Wenn der Betriebsrat der Flenderwerft nun wirklich konsequent wäre, so mußte er auch gegen die Volkswacht seine entschlossene Erklärung loslassen, vielleicht mit noch größerem Recht. Allerdings müßte die Notiz jetzt so heißen:

Die „Volkswacht“ als Organ der Kapitalisten.

Die „Volkswacht“ identifiziert sich mit den Behauptungen der Direktion der Flenderwerft gegen die Arbeiter. — Ist Herr Hugo Finknitz aus Berlin (politischer Redakteur der „Volkswacht“) an der Hetze gegen die Belegschaft interessiert?

Ehrlicherweise wird man uns zugeben, daß dem einen recht, was dem andern billig. Aber wir wollen uns jedes Urteils enthalten; die Arbeiter der Flenderwerft haben sich ihre „zielbewußten“ Führer selbst gewählt, also mögen auch sie selbst urteilen.

Nur eine Feststellung möchten wir uns erlauben: Uns scheint, daß der kommunistische Betriebsrat der Flenderwerft nicht einmal seine kommunistische Zeitung liest. Eine andere Erklärung gibt es nicht!

Ein wahres Wort des alten Philosophen Hegel heißt: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient! Wir möchten das sinngemäß abändern: Jede Belegschaft hat den Betriebsrat, den sie verdient!

Die Kleinen und die Großen.

Die Entwertung der Sparkassengelder.

Im Jahre 1922 zeigt die Bewegung der Einlagen auf Sparkonten sämtlicher deutscher Sparkassen am Monatsende folgendes Bild, wenn neben die absoluten Zahlen die der Friedenskaufkraft entsprechenden Beträge in Friedensmark gesetzt werden:

		In Papiermark	In Friedensmark
1914		20,55 Milliarden	20,55 Milliarden
Januar	1922	46,657 „	2,589 „
Februar	1922	47,337 „	2,151 „
März	1922	48,995 „	1,863 „
April	1922	48,961 „	1,544 „
Mai	1922	49,427 „	1,428 „
Juni	1922	52,854 „	1,398 „
Juli	1922	52,578 „	1,0[illegible] „
August	1922	51,601 „	0,734 „
September	1922	64,835 „	0,657 „
Oktober	1922	66,247 „	0,243 „
November	1922	73,538 „	0,138 „
Dezember	1922	136,159 „	0,222 „

Nach diesem wegen des niedrigen Entwertungsfaktors noch relativ günstigen Bild verwalteten die Sparkassen Anfang 1922 nur noch den achten Teil und am Ende des Jahres nur noch den hundertsten Teil des Friedenskapitals, an der Kaufkraft der Einlagen gemessen. Hier kann man wirklich sagen, daß die Vermögenssubstanz der Sparer vernichtet ist, im Gegensatz zu Industrie und Landwirtschaft, die ihre Substanz (in Goldmark gerechnet) zum Teil noch vermehren konnten.

An die Sozialrentner wird in der Zeit vom **Mittwoch**, dem 26. bis Sonnabend, den 29. September, in der Kasse des Wohlfahrtsamtes eine Nachzahlung für den Monat September erfolgen. Näheres siehe amtliche Bekanntmachung.

Erhöhte Post- und Eisenbahngebühren. Wie gemeldet wird, tritt am 1. Oktober im Postverkehr eine neue Gebührenordnung in Kraft. Eine Postkarte wird im Ortsverkehr 100 000 Mk., im Ferngverkehr 800 000 Mk.; ein Brief im Ortsverkehr 800 000 Mark, im Ferngverkehr 2 000 000 Mark kosten. Gleichfalls wird voraussichtlich am 1. Oktober eine abermalige Erhöhung der Schlüsselzahl für den Personen- und den Güterverkehr vorgenommen werden.

Versorgungsanwärter auf der Post. Von der amtlichen Hauptfürsorgestelle wird uns geschrieben, daß nach Mitteilung des Reichspostministers angesichts der ungünstigen Gestaltung der Personalverhältnisse in Verbindung mit dem Verkehrsrückgang in absehbarer Zeit Versorgungsanwärter nicht neu eingestellt werden können. Den Anwärtern wird deshalb empfohlen, von Bewerbungen um Anstellung bei der Post abzusehen.

Lohnerhöhungen für die Staatsforstarbeiter. Erneute Verhandlungen mit der preußischen Regierung haben zu Lohnerhöhungen für die Staatsforstarbeiter vom 17. September ab geführt. Es wurde für die in Schleswig-Holstein in Frage kommenden Gruppen für vollwertige Arbeiter über 24 Jahre ein Stundenlohn von 6 825 000 Mark für die 4. Klasse und von 7 275 000 Mark für die 2. Klasse festgesetzt. Für Akkordarbeiten sind für die vom 17. September an geleisteten Arbeiten die Lohnsätze unter Zugrundelegung des vorstehenden Stundenlohnes des vollarbeitsfähigen Arbeiters von 21 bis 24 Jahren neu zu vereinbaren.

Preußische Klassen-Lotterie. Der Verfall unserer Währung zwingt die Staatl. Lotterie-Verwaltung die Gewinne der Haupt- und Schlußziehung der 22. (248.) Lotterie nochmals ganz bedeutend zu erhöhen. Der neue Plan zur 4. Klasse bringt Gewinnsummen von erstaunlicher Höhe. Der niedrigste Gewinn ist 100 Millionen Mark, das 4mal ausgespielte große Los je 500 Milliarden, dazu die beiden Prämien von 500 und 250 Milliarden, sodaß im günstigen Falle auf ein Los zusammen 1250 Milliarden gleich 1¼ Billionen, auf ein Doppellos sogar 2½ Billionen Mark gewonnen werden können. Diese riesenhaften Gewinne konnten nur durch entsprechende abermalige Erhöhung des Lospreises ermöglicht werden. Der Einsatz dieser Klasse für je ½ Los beträgt 9 900 000 Mk., der bis zum 15. Oktober zu zahlen ist. Die Entscheidung fällt also außerordentlich schnell. Zur nächsten Lotterie sind laut Landtagsbeschluß durchgreifende Aenderungen und Vereinfachungen in der Preußisch-Südd. Klassen-Lotterie zu erwarten, voraussichtlich finden fortab nur noch ganz kurzfristige Lotterien statt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Im Donnerstag-Ab.: „Die Jüdin von Toledo“. Die Vorstellung am Freitag („Zar und Zimmermann“) beginnt 6.30 Uhr. Daran anschließend um 10 Uhr einmaliger Tanzabend von Valeska Gert, der Berliner Tänzerin.

Hansa-Theater. Heute ,Mittwoch, abends 7½ Uhr, Erstaufführung der Operette „Der Gauklerkönig“ von Jean Gilbert unter Mitwirkung von Erna Schlüter und Friedl Pilz.

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Deutschvölkische Angriffsmittel. Von der Gendarmerie wurde am Sonnabend auf dem Bahnhof Schaan eine Kiste mit Waffen beschlagnahmt, als deren Empfänger der Gutsbesitzer von Viereck (Dudinghausen bei Schwaan) angegeben war. Die Kiste enthielt u. a. 6 Gewehre, Uniformen, 6 Patronentaschen, 6 Koppel mit Schlössern, 12 Handgranaten. Die beiden Begleiter des Transportes, die Militäruniform trugen, sind entkommen.

Sport.

Norddeutsche Spielvereinigung, Gruppe Lübeck. Die Bezirksspiele nähmen am Sonntag ihren Fortgang. Auf der Falkenwiese behielt F.S.V. mit 3—1 das bisherige Ende für sich. Dasselbe Resultat wird vom Kasernenhof gemeldet, wo Kücknitz sich den Vorwärtsleuten nach schönem Spiel beugen mußte. In den ersten 10 Minuten fielen hier 3 Tore, während die zweite Halbzeit torlos verlief. Ein Elfmeter wurde von Kücknitz vorbeigeschoßen. Weiter sind folgende Resultate eingegangen. F.S.V. Jgd.—A.T.V. Jgd. 1:1, A.T.V. III—Viktoria III 5:0, B. S. Vorwärts II—Kücknitz II 0:5, B. S. Vorwärts III—Kücknitz III 3:1. Am Donnerstag abends 7 Uhr: Zusammenkunft der Berichterstatter bei Voski, Schwartauer Allee.

Sonntag, den 30. September.

56.	4,00 Uhr	I	Moisling I—A.T.V. Lübeck I	Moisling
32.	10,45 „	II	F.S.V. II—A.T.V. Lübeck II	„
35.	2,00 „	II	Viktoria II—B.S.V. II	Dornbreite
36.	10,00 „	III	Viktoria III—B.S.V. III	„

Der Spielausschuß
6896) i. A.: A. Sternberg.

Freie Sportvereinigung Lübeck. Am Sonntag, dem 30. d. M., veranstaltet die Freie Sportvereinigung Lübeck auf dem Kasernenbrink ihr erstes Sportfest, welches zur gleichen Zeit der diesjährige Abschluß der leichtathletischen Sportarten auf grünem Rasen bedeutet. Der Arbeiter-Turn-Verein sowie mehrere Brudervereine haben sich bereit erklärt, dieses Fest mit voller Kraft verschönern zu helfen. Morgens 9 Uhr eröffnen die Schüler den Reigen in Faust- und Schlagball sowie Laufen. Unter anderem findet um 10½ Uhr das fällige Bezirks-Fußballwettspiel F.S.V. II gegen A.T.V. II statt. Mittags 2 Uhr treffen sich sämtliche Sportler umgekleidet im Vereinslokal, um geschlossen zum Sportplatz zu marschieren. Anschließend werden sich dann die Damen- bezw. Herrenmannschaften im friedlichen Wettkampfe gegenüberstehen, z. B. in Faust-, Schlag- und Tamburinball sowie verschiedenen Staffetten- und Malläufen. — Da die Veranstaltung zugunsten der Arbeiter-Samariter-Kolonne Lübecks stattfindet, ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, diese Veranstaltung zu besuchen.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

Lassalles Briefwechsel von der Revolution von 1848 bis zum Beginn seiner Arbeiteragitation. Herausgegeben von Gustav Mayer. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1923. (Ferdinand Lassalle, Nachgelassene Briefe und Schriften, Band 2.) Aus dem Nachlaß Lassalles, den der bekannte verdienstvolle Historiker der deutschen Sozialdemokratie, Gustav Mayer, zu erschließen begonnen hat, ist nach dem 1. und 3. Band — der erste enthielt die Briefe des jungen Lassalle, der dritte den Briefwechsel mit Marx — jetzt der zweite erschienen. Er umfaßt den Lebensabschnitt des Begründers der deutschen Arbeiterbewegung, der die ersten Anläufe revolutionärer Agitation unter der rheinischen Arbeiterschaft einleiteten, und der nach dem Abschluß des Kampfes um die Sache der Gräfin Hatzfeldt dann ausgefüllt wird durch die Arbeit an seinen großen wissenschaftlichen Werken, für die er sich den Aufenthalt in Berlin erkämpfen mußte, und sobald die politischen Verhältnisse eine seinen Hoffnungen günstige Wendung zu nehmen schienen, durch die neuen Versuche, aktiv in den Gang der großen Politik einzugreifen, sodaß der Leser bis an die Schwelle der geschichtlichen bedeutsamen Wirksamkeit Lassalles in seinen letzten Lebensjahren geführt wird. Eine große Zahl von Persönlichkeiten, die in dem Briefwechsel auftreten, läßt den Reichtum und die Mannigfaltigkeit menschlicher Beziehungen erkennen, die dies kurze und intensiv gelebte Leben erfüllen. Briefe rheinischer Arbeiter, die in dem Kölner Kommunistenprozeß verurteilt wurden, zeugen von der Treue, die Lassalle der von ihm geführten Bewegung auch in späteren Jahren hielt, und von der Liebe und dem Vertrauen, das sie ihm entgegenbrachten; die Korrespondenz der Berliner Zeit zeigt den Vorkämpfer des Proletariats im Verkehr mit den bedeutendsten Männern der Wissenschaft, geachtet und geehrt als Forscher und Denker, selbst ein Meister in der Behandlung der Menschen; und in den letzten, vorwiegend mit Wilhelm Rüstow, dem Revolutionsstrategen, gewechselten Briefen spüren wir wieder den Pulsschlag revolutionären Tatendrangs, getragen von der Hoffnung auf den neuen Ausbruch des italienischen Unabhängigkeitskrieges, der die europäische Revolution eröffnen sollte. Eine, die wichtigste Persönlichkeit, fehlt in dem Kreis der Korrespondenten, die Freundin, für die er so viele Jahre seines Lebens hingegeben hat. Den Briefwechsel mit der Gräfin Hatzfeldt wird der demnächst erscheinende 4. Band des Nachlasses bringen. Aber eine Reihe von Briefen an einen Dritten lassen doch auch diese Kämpfe noch einmal ins Licht treten und die Leidenschaft und Opferfähigkeit fühlen, mit der Lassalle für jede Sache, die er ergriff, sein ganzes Selbst einsetzte. Lebendig redet aus seinen Briefen, besonders aus den bei ihm nicht seltenen „Monsterbriefen“, von denen dieser Band eine ganze Reihe aufweist, die Eigenart seines Geistes und Temperaments, der juristische Scharfsinn, der jeden Gegenstand von den verschiedensten Seiten beleuchtet, das peinliche Gerechtigkeitsgefühl, das ungewöhnliche, auf den leisesten Angriff heftig reagierende Selbstbewußtsein, das die bedingungslose Hingabe, deren er selbst fähig ist, auch von andern verlangt und zur Tyrannei werden kann, und der adlige Zug, vergessen zu können, in großen Momenten persönliche Rücksichten auszulöschen. Für jeden der an der Persönlichkeit Lassalles Interesse hat, der vor allem mit dem Menschen genaue Bekanntschaft machen möchte, bietet dieser Band des Nachlasses eine Fülle wertvollen Materials.

Dr. C.

Vom Maschinenwesen. Ein ungemein wertvolles Techno-Lexikon in handlichem Taschenformat ist soeben im bekannten technischen Verlag Dieck & Co., Stuttgart, unter dem Titel Maschinen-Taschentuch, erschienen. Es ist ein äußerst praktischer Ratgeber für das ganze Maschinenwesen, den Ingenieur W. Müller unter Mitwirkung bewährter anderer Fachleute in leichtverständlicher Weise geschaffen hat. Das Buch hat über 400 Seiten Umfang und viele Erläuterungsbilder und wird in Kürze der Begleiter jedes Praktikers sein. Denn jeder, der mit dem Bau, der Wartung oder Prüfung von Maschinen zu tun hat, findet darin, was er wissen will und muß. Wertvolle Winke aus der Praxis! Uebermittlung der notwendigsten theoretischen Kenntnisse! Kurz gesagt: Ein Berater bei der täglichen Arbeit, der selbst dem einfachsten Arbeiter die Möglichkeit gibt sich am Maschinenwesen auszubilden und zu vervollkommnen. Grundpreis 4,80 mal Schlüsselzahl.

Die soziale Versicherung des Deutschen Reiches. Ein systematischer Führer durch die Reichsversicherungsordnung und das Angestelltenversicherungsgesetz nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung. Von Magistratsrat Professor Dr. Ernst Cahn in Frankfurt a. M. Verlag Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. Grundzahl 1.80 Mk., Teuerungsmultiplikator des Börsenvereins Deutscher Buchhändler.

Der Weg durch die Werkstatt. Eine Anleitung zum täglichen Gebrauch für Maschinenbaupraktikanten. Von Fritz Eitel, Werkmeister und Leiter der Praktikanten-Abteilung der Daimler-Motoren A.-G. Halbleinenband in Taschenformat. Grundpreis 2,50 Mk. Das Buch enthebt den Lernenden vieler Fragen, denn es gibt über alle in Betracht kommenden Arbeiten wie Härten, Fräserei, Dreherei, Tischlerei, Schmiede, Montage usw. erschöpfende Auskünfte, die den Volontär vor manchen Verlegenheiten bewahren. Auch Gewerbeschulen seien auf dieses vortreffliche Hilfsmittel aufmerksam gemacht.

Quittung.

Für die Ruhrhilfe gingen noch nachträglich bei uns ein:

Von den Angestellten der O. K. K.	29 700 000	Mk.
Von M.	100 000	„
Silberhochzeit Feldstr. 1	21 273	„
Gewerbeschule Schiffbauer	100 000	„
A. D. G. B. Ortsausschuß Lübeck zur freien Verfügung des A. D. G. B. von Ungenannt	200 000 000	„

Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund.

Schweinemarkt.

Hamburg, 25. September.

Der Antrieb belief sich auf 2771 Schweine. Die Preise waren: I 32—33 Mill. Mk., II 29—31 Mill. Mk., III 27—28 Mill. Mark, IV 20—26 Mill. Mk., Sauen I 26—30 Mill. Mk. für das Pfund Lebendgewicht. Der Handel war rege. Anlieferungsgebiet: Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg.

6885

feurio

Sie kennen Feurio nicht?

Dann fragen Sie Ihre Nachbarin, die sagt Ihnen, daß Feurio Haushaltseife mit 80% Fett die hochwertigste und sparsamste ist.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.